



PROTOKOLL

DER 7. SITZUNG DES EINWOHNERRATES 2012,

8212 NEUHAUSEN AM RHEINFALL

Datum, Zeit, Ort **Donnerstag, 13. Dezember 2012** **19.00 – 21.45 Uhr**

Aula Rheinfalhalle, Neuhausen am Rheinfall

18.00 Uhr: Berichterstattung Ortsmarketing durch Marcel Stettler

18.30 Uhr: Fototermin mit Foto Müller, Neuhausen am Rheinfall

Präsenz 19 Einwohnerräte (ER)
Gemeindepräsident (GP)
4 Gemeinderäte (GR)
Gemeindeschreiberin
Aktuarin
Zentralverwalter Alexander Moser

Vorsitz ER-Präsident Renzo Lojudice (SP)

Entschuldigt - ER Lenz Furrer (ÖBS)

Protokoll Die Protokolle der 4. Sitzung vom 5. Juli 2012 und der 5. Sitzung vom 27. September 2012 haben im Ratsbüro zirkuliert und ein paar kleine Änderungen sind eingefügt worden. Es liegen sonst keine Beanstandungen vor. Sie werden genehmigt und der Aktuarin, Frau Sandra Ehrat, verdankt.

Das Protokoll der 6. Sitzung vom 15. November 2012 ist noch in Zirkulation und wird an der nächsten Sitzung genehmigt.

Mitteilungen -

Neueingänge - Kommissionsbericht 14. Teilrevision des Zonenplans der Einwohnergemeinde Neuhausen am Rheinfall

Traktandenliste

1. Bericht zur Kenntnisnahme betreffend Finanzplan 2013 bis 2016
2. Bericht und Antrag betreffend 14. Teilrevision des Zonenplans der Einwohnergemeinde Neuhausen am Rheinfall vom 1. September 1988
3. Postulat Ruedi Meier betreffend Massnahmenplan zur Umsetzung der kantonalen „Leitlinien Frühe Förderung“ in der Gemeinde Neuhausen.
4. Interpellation Rita Flück Hänzi (CVP): Lichtsignalanlage Enge
5. Interpellation Jakob Walter (parteilos): Langsamverkehr Enge
6. Postulat Felix Tenger (FDP): Verbesserung Verkehrssituation Kreuzstrasse für Velofahrer



Traktandenliste neu

0. Bildung einer einwohnerrätlichen Kommission betreffend Wahl einer „externen Revisionsstelle“
1. Bericht zur Kenntnisnahme betreffend Finanzplan 2013 bis 2016
2. Bericht und Antrag betreffend 14. Teilrevision des Zonenplans der Einwohnergemeinde Neuhausen am Rheinfall vom 1. September 1988
3. Postulat Ruedi Meier betreffend Massnahmenplan zur Umsetzung der kantonalen „Leitlinien Frühe Förderung“ in der Gemeinde Neuhausen.
4. Interpellation Rita Flück Hänzi (CVP): Lichtsignalanlage Enge
5. Interpellation Jakob Walter (parteilos): Langsamverkehr Enge
6. Postulat Felix Tenger (FDP): Verbesserung Verkehrssituation Kreuzstrasse für Velofahrer

Die Traktandenliste neu wird genehmigt.

**Pendente Geschäfte:**

Vorstösse:	Text:	Eingang:	Behandlung ER:	Fristerstreckung:
Volksmotion	Gesamtplanung von Mobilfunkantennen statt Stückwerk		08.12.2005 Volksmotion als erheblich erklärt. 16.08.2007 10.12.2009 08.12.2011	1. Fristerstreckung bis 31.12.2009 2. Fristerstreckung bis 31.12.2011 3. Fristerstreckung bis 31.12.2013
Volksmotion	Landschaftsschutz Galgenbuck	31.05.2012	05.07.2012 als erheblich erklärt.	
Motion	Urs Hinnen (ÖBS): Teilrevision der Gemeindeverfassung betreffend die Mitglieder-Zusammensetzung der Bürgerkommission	27.02.2012	03.05.2012	Pendent, bis vom Kantonsrat eine gesetzliche Grundlage vorliegt.

Pro memoria:

--	--	--

Pendente Geschäfte in nicht ständigen einwohnerrätlichen Kommissionen:

Geschäft	Datiert:	Behandlung ER / Status:
-	-	-

ER-Präsident Renzo Loiudice (SP)

Ich begrüsse Sie zur 7. und gleichzeitig letzten Einwohnerratssitzung in diesem Jahr.

Betreffend Traktandenliste möchte ich Ihnen eine Änderung vorschlagen. Vor dem Traktandum 1 d.h. Traktandum 0, schlage ich Ihnen vor, dass wir eine Kommission bilden zur Auswahl der externen Revisionsstelle für die Rechnung. Eine Gruppe von Einwohnerräten wurde bereits informiert resp. einer Gruppe von Einwohnerräten ist ein Mail zugesandt worden mit einem Brief, der an die möglichen Revisionsgesellschaften geschickt wurde. Es sind anschliessend 4 Offerten eingegangen. Jetzt geht es darum, dass man dem Einwohnerrat einen Vorschlag macht. Weil das Sache des Einwohnerrates ist, schlage ich Ihnen vor eine 5-er Kommission zu bilden. Von jeder Fraktion eine Person. Darum geht es beim Traktandum 0.

Ist das für Sie in Ordnung? Hat jemand sonst einen Änderungswunsch zur Traktandenliste? Es sieht nicht so aus. Dann gehen wir zum Traktandum 0.



TRAKTANDUM 0 Bildung einer einwohnerrätlichen Kommission betreffend Wahl einer „externen Revisionsstelle“

Es wird mit 19:0 Stimmen einstimmig die Bildung einer 5-er Kommission beschlossen. Die Kommission setzt sich wie folgt zusammen:

ER-Präsident Renzo Loiudice (SP)

Ich bitte die Fraktionen um Wahlvorschläge für die Mitglieder dieser Kommission. Das Präsidium dieser Kommission hat gemäss Turnus die CVP.

Marcel Stettler, CVP, Präsidium
Peter Gloor, SP
Willi Josel, SVP
Felix Tenger, FDP
Urs Hinnen, ÖBS

Das Geschäft ist somit erledigt.



TRAKTANDUM 1 Bericht zur Kenntnisnahme betreffend Finanzplan 2013 bis 2016

Erläuterungen/Bemerkungen:

Gemeinderat Dino Tamagni

Den Finanzplan habe ich Ihnen letztes Mal bei der Budgetdebatte erläutert und die Details bereits gezeigt. Jetzt ist nur der Fall eingetreten, dass die Krankenkassenprämienverbilligungsinitiative angenommen wurde. Das hat natürlich einen grossen Einfluss auf den Finanzplan. Dieser konnte natürlich in dieser kurzen Zeit nicht angepasst werden, aber Sie können sich sicherlich die Überlegungen machen, die jetzt hier miteinfließen. Der Gemeinderat wird sicher gefordert sein, hier den Finanzplan zu korrigieren und auch das Budget 2014 dementsprechend anzupassen, sofern nicht noch das Postulat der AL, das noch beim Kantonsrat ist, im Jahr 2013 Gehör findet. Dann müsste noch im 2013 etwas passieren. Ich hoffe, dass das nicht so eintreffen wird. Für 2014 und in den Folgejahren wird es massive Korrekturen geben müssen in der Höhe von ca. Fr. 850'000.00. Da wird der Gemeinderat gefordert sein. Ich bitte Sie, dies einfach so zur Kenntnis zu nehmen. Falls Sie noch Fragen haben, dann bin ich gerne bereit, diese zu beantworten.

Eintretensdebatte:

ER August Hafner (SP)

Der aktualisierte Finanzplan 2013 – 2016, der ja schon wieder nicht mehr ganz aktuell ist, wirkt bedeutend weniger besorgniserregend, als jener den wir letztes Jahr zur Kenntnis genommen haben. Denn in den Jahren 2015 und 2016 werden nun Ertragsüberschüsse der laufenden Rechnung prognostiziert, wo früher noch von Defiziten die Rede war. Das zeigt, dass Prognosen immer mit Vorsicht zu geniessen sind. Ich bin mir deshalb ziemlich sicher, dass wir im nächsten Jahr wieder feststellen müssen, dass sich die Lage und demnach auch die Prognose gegenüber heute verändert haben. Trotz aller Undenkbarkeiten bleibt der Finanzplan aus Sicht der SP-Fraktion ein wichtiges Führungsinstrument, auf das man reagieren kann und allenfalls dann auch reagieren muss. Wie bei der Budgetdebatte vor einem Monat müssen wir auch heute feststellen, dass wir in finanzieller Hinsicht nicht auf Rosen gebettet sind und das in Zukunft auch nicht sein werden. So muss an allen Ecken und Enden gespart werden um auf einen in etwa ausgeglichenen Finanzhaushalt zu kommen. Im Einzelnen hat die SP-Fraktion mit Befriedigung zur Kenntnis genommen, dass strassenlastige Investitionsbudgets offensichtlich der Vergangenheit angehören dürften. Wir danken dem Gemeinderat für die Aktualisierung des Finanzplanes.

ER Marcel Stettler (CVP)

Die CVP-Fraktion hat den Bericht zur Kenntnisnahme bezüglich des Finanzplanes 2013 bis 2016 eingehend studiert und auch bearbeitet. Zu einem grossen Teil kann ich mich dem Vorredner anschliessen. Wir bedanken uns beim Gemeinderat für die saubere Darstellung und werden den Bericht zur Kenntnis nehmen.

ER Christian Schwyn (SVP)

Der Finanzplan für die nächste Legislaturperiode sieht düster aus. Die vorgesehenen grossen Investitionen sind nötig, früher oder später. Im Budget 2014 werden wir dann befinden müssen, wie



wir das Loch stopfen, dass die Krankenkassenverbilligung verursacht. Die Abwassergebühren müssen schrittweise an die rechtlichen Vorgaben angepasst werden, was im Finanzplan schon berücksichtigt wurde. Beim Unterhalt an Gebäude und Strassen können wir nicht noch weiter zurückfahren, sonst erweisen wir unseren Kindern einen Bärendienst. Im Budget haben wir eine Reduktion der Gemeindebeihilfe beschlossen. Das ist ein Relikt, das nur Neuhausen am Rheinfall und Schaffhausen hat. Vielleicht kommt da noch ein Antrag von der Sozialreferentin, wo wir dann den ganzen Betrag hinterfragen müssen. Es bleibt uns nichts anderes übrig, als im Rat keine unüberlegten neuen Ausgaben zu bewilligen. Sparen ist Pflicht und sonst müssen wir im Notfall zu unpopulären Mitteln greifen. Die SVP-Fraktion nimmt diesen Finanzplan zur Kenntnis.

ER Felix Tenger (FDP)

Auch die FDP-Fraktion bedankt sich beim Gemeinderat für das Vorliegen des Finanzplanes. Wir begrüssen insbesondere, dass dieser periodisch nun jedes Jahr neu erstellt wird. Es ist uns sehr wohl bewusst, dass es sich hier nur um eine Momentaufnahme handelt. Wenn wir uns die Entwicklung der letzten Wochen ansehen, müssen wir feststellen, dass uns die Entwicklung fast überholt hat, resp. den Finanzplan. Der Finanzplan als solches, wie er zuerst vorgelegen hat, fand ich nicht so schlecht. Aber die Entwicklung der letzten Wochen hat mir schon ein paar Sorgenfalten auf die Stirn getrieben, jetzt also noch die Krankenkasseninitiative, die mit ca. Fr. 850'000.00 gross zu Buche schlägt. Da wird der Gemeinderat gefordert sein, gewisse Einsparungen zu finden, dass er dann 2014 ein einigermaßen ausgeglichenes Budget präsentieren kann. Für die Jahre 2015 und 2016, liegt ein prognostizierter Ertragsüberschuss vor, den ER August Hafner (SP) erwähnt hat. Dieser kommt vor allem zustande, weil Grundeigentum verkauft wird, das sind also ausserordentliche Erträge, die da in den Rechnungen sind. Grundsätzlich müsste der Gemeinderat schauen, dass er mit ordentlichen Einnahmen und Ausgaben ein ausgeglichenes Budget erreichen kann. Da wird er sicherlich gefordert sein! Bezüglich Steuerkraft und Nettolast, das sind ja vor allem die Zahlen, die auch im kantonalen Vergleich interessieren, da stelle ich schon fest, dass bei der Steuerkraft die Entwicklung leider nicht mithalten kann, was man sich eigentlich erhofft, also das bessere Steuerzahler nach Neuhausen kommen, weil die Steuerkraft nur unwesentlich ansteigt. Auf der anderen Seite steigt die Nettolast, also das was wir pro Einwohner verschuldet sind, in den nächsten 3 bis 4 Jahren relativ dramatisch an. Da stellt sich dann schon die Frage, können wir uns diese Investitionen auch alle wirklich leisten? Das sieht man dann auch beim Selbstfinanzierungsgrad, der natürlich sehr tief ist. Da wird man schon noch die eine oder andere Investition auf die Goldwaage legen müssen. Allenfalls dann vielleicht wirklich mit dem Daumen nach unten zeigen müssen, weil es dann wirklich nicht mehr geht. Wir werden sicherlich nicht darum herumkommen, den Gürtel etwas enger zu schnallen. Danke.

ER-Präsident Renzo Loiudice (SP)

Eintreten ist unbestritten. Wir gehen den Bericht nun seitenweise durch.

Keine Detailberatung

Antrag:

Der Einwohnerrat nimmt Kenntnis von diesem Bericht.

Der Antrag wird zur Kenntnis genommen.



Gemeinderat Dino Tamagni

Besten Dank für die gute Aufnahme dieses Geschäfts auch wenn es nur zur Kenntnisnahme war. Ich möchte auch noch den Dank an den Zentralverwalter aussprechen, der diese Aufgabe sehr ernst genommen hat und auch darstellerisch etwas Neues versucht hat. Sie haben sicherlich auch festgestellt, dass es gegenüber der letzten Variante etwas abweicht. Wir versuchen das auch dauernd etwas zu verbessern, so dass wir eine bessere Transparenz hinkriegen. Dann noch zu einem Punkt, den ER Felix Tenger (FDP) angesprochen hat. Die Einnahmen aus Verkäufen haben wir versucht neutral darzustellen. Die laufen dann wieder in den Gemeindeentwicklungsfonds und wurde so dargestellt, dass das wieder erfolgsneutral sein sollte. Das hat sich jetzt ja sowieso erübrigt, da wir durch die Krankenkassenprämienverbilligungen wieder ein Defizit projizieren.

Das Geschäft ist somit erledigt.



TRAKTANDUM 2 Bericht und Antrag betreffend 14. Teilrevision des Zonenplans der Einwohnergemeinde Neuhausen am Rheinfall vom 1. September 1988

An der Einwohnerratssitzung vom 15. November 2012 wurde mit 20:0 Stimmen einstimmig die Bildung einer Kommission beschlossen.

Der Rat beschloss mit 14 : 6 Stimmen eine 5-er Kommission zu bilden. Diese Kommission setzt sich wie folgt zusammen:

Peter Schmid (SVP), Präsidium
Walter Herrmann (FDP)
Rita Flück Hänzi (CVP)
Jakob Walter (SP)
Urs Hinnen (ÖBS)

Die Kommission empfiehlt dem Einwohnerrat, dem Antrag des Gemeinderates unter Punkt 7 im Bericht und Antrag betreffend 14. Teilrevision der Einwohnergemeinde Neuhausen am Rheinfall, Punkt 1 sowie Punkt 2 zuzustimmen.

Bemerkungen:

ER Peter Schmid (SVP)

Die grundsätzliche Aussage und der Entscheid der Kommission liegen Ihnen in Form des Kommissionsberichtes vom 4. Dezember 2012 vor. Lassen Sie mich noch einige Worte dazu sagen. Als Kommissionspräsident habe ich mir die Zeit genommen je eine Besprechung mit der Bauherrschaft und den Motionären vor der Kommissionssitzung abzuhalten. Beide, Bauherrschaft und Motionäre, haben diese Gelegenheit genutzt. In diesen zwei Besprechungen wurden mir viele Informationen abgegeben. Diese Informationen konnte ich an der Kommissionssitzung an meine Kommissionskollegen weitergeben. Hätte ich diese Besprechungen nicht durchgeführt, dann hätten uns viele Informationen gefehlt. Sie können mir glauben, die Kommission hat es sich nicht einfach gemacht. 4 ¼ Stunden dauerte diese Kommissionssitzung, in der absolut sachlich und sehr gesittet diskutiert wurde. Alle möglichen Varianten wurden besprochen. Das Für und das Wider eingehend abgewägt, mögliche und auch unmögliche Konsequenzen wurden in Betracht gezogen. Viele Fragen, vor allem rechtlichen Ursprungs konnten zur Zufriedenheit aller Mitglieder beantwortet werden. Es wurde eindeutig festgestellt, dass es sich bei diesem Grundstück GB Nr. 334 tatsächlich um Bauland handelt. In der Kommission haben wir das Ihnen vorliegende Resultat beschlossen. Es war uns immer bewusst, dass auch ein Kompromiss nicht alle Beteiligten zufrieden stellen würde oder dass eventuell mit weiteren Einsprachen zu rechnen ist. Aufgrund des vorliegenden Kommissionsberichtes beantrage ich dem Einwohnerrat auf das Geschäft einzutreten, den Empfehlungen der Kommission nachzukommen und den Anträgen des Gemeinderates zuzustimmen. An dieser Stelle danke ich den Motionären und der Bauherrschaft für die offenen und für mich zum Teil lehrreichen Gespräche, den Kommissionsmitgliedern und den Vertretern des Bauamtes für die gute, informative und konstruktive Mitarbeit. Dies waren meine begleitenden Worte als Kommissionspräsident zum Kommissionsbericht.

Ich spreche nun im Namen der SVP-Fraktion zu Ihnen. Die Fraktion der SVP hat dieses Geschäft an ihrer letzten Sitzung sehr vertieft behandelt. Aufgefallen ist den Fraktionsmitgliedern vor allem, dass die Motionäre mit ihren Fotomontagen, vergleicht man sie mit den tatsächlichen Bauplänen, wirklich ein wenig übertrieben haben. Zeigt sich das Haus in den Bauplänen eher filigran und an das



Gelände angepasst, kommt es auf den Fotomontagen der Motionäre als sehr klobiger Betonklotz ohne Fenster und Türen daher. Auch wurde festgestellt, dass die Höhe des fertigen Hauses, baut man mit minus 1.20 Meter auf die Höhe von 496.60 Meter, nicht höher zu liegen kommt als die bereits vorhandene obere Heckenbepflanzung des Nachbargrundstückes. Verlängert man diese Hecke oberhalb der neuen Bauten, sind diese vom Galgenbuck aus nicht mehr zu sehen. Aus diesen und noch einigen weiteren Gründen tritt die Fraktion der SVP auf dieses Geschäft ein, wird den Empfehlungen der Kommission folgen und den Anträgen des Gemeinderates zustimmen.

Gemeindepräsident Stephan Rawyler

Während dem ich spreche, gestatte ich mir einen Zeitungsbericht zirkulieren zu lassen. Ein ganz ähnliches Projekt, beschrieben mit Traumhaus an Traumlage Villa K am Zürichsee, Büro Baumschlager Eberle. Schauen Sie sich das einmal an. Das erinnert sehr an das Projekt. Dies nur so zur Illustration.



be
baumschlager eberle

Als ich zum ersten Mal von diesem Projekt hörte, war mir klar, dass es in dieser Form wohl nicht der Bewilligung zugeführt werden sollte, denn es hat eine Dimension erreicht vom Volumen und der Höhe her, die nicht verträglich war mit den vorhandenen Unterlagen und den vorhandenen Bauten. Ich habe daraufhin sofort mit meinen Mitarbeitern gesprochen und umgehend beim Gemeinderat eine Planungszone bewirkt. Parallel dazu hat die heute auch anwesende Hedy Mannhart Unterschriften gesammelt für eine Volksmotion und damit dem Gemeinderat den Rücken gestärkt. Wir haben dieses Gebiet angeschaut und festgestellt, dass fast alle Häuser rund um den Galgenbuck herum in einem bestehenden alten Quartierplan enthalten sind. Nicht für alle Häuser in diesem Quartierplan sind aber Höhenbeschränkungen vorgesehen. Das ist interessant und wenn man dann noch das abgleicht mit den Motionären wird es noch interessanter. Da überlasse ich Ihnen das Studium. Was wir aber auf jeden Fall festgestellt haben, dass die Parzelle GB 334 nicht in diesem Quartierplan enthalten ist. Das muss als klarer Planungsfehler bezeichnet werden. Wir haben das auch einmal festgestellt, als wir eine Eingabe von ER Walter Herrmann (FDP) beantwortet haben. Damals ging der Gemeinderat noch davon aus, dass es möglich sei, dieses Land von der EKS zu kaufen. Wir waren damals auch in Verhandlungen mit dem Kanton über das Laufenareal in einer Phase, in der wir noch davon ausgingen, dass wir kein Baurecht einräumen würden, sondern dass wir definitiv das Land abgeben würden, bzw. eintauschen. Dabei sprachen wir auch von dieser Parzelle GB 334. Wir haben uns dann anders geeinigt und die Arbeit hat uns dann zugedeckt und davon abgehalten, diese Korrektur bei GB 334 vorzunehmen. Mit der Planungszone können wir dies aber korrigieren, denn damit gelten die aktuellen Vorschriften nicht mehr. Der Gemeinderat hat auch mit der Planungszone korrekt festgelegt, was er dort ungefähr haben möchte, nämlich das, was wir Ihnen jetzt hier mit diesem Bericht und Antrag hier unterbreiten. Dieses Grundstück hat sehr viele Emotionen geweckt. Die Schaffhauser Nachrichten haben heute von den Galgenbuckbienen



berichtet. Eine neue Spezies, die es da noch zu entdecken gibt. Ich habe in der Zwischenzeit auch viel über diese Bienen gelernt und sie leben tatsächlich teilweise dort. Sie leben aber zum grösseren Teil im östlichen Gebiet von GB 334 aus gesehen. Sie haben sich aber teilweise in der Randzone von GB 334 auch ausgebreitet. Das Hauptverbreitungsgebiet ist aber östlich davon. Sie sind also nicht davon betroffen. Es wurde immer wieder geltend gemacht von einem Motionär, dass es sich hierbei nicht um Bauland beim GB 334 handelt, weil es ja ein Quartierplangebiet sei. Das trifft eben gerade nicht zu, wenn es ein Quartierplangebiet gewesen wäre oder ist, dann müssten wir ihnen jetzt nicht die 14. Teilrevision des Zonenplans unterbreiten, denn erst damit wird ja GB 334 der Quartierplanpflicht unterworfen. Dann ist es kein nichtüberbaubares Gebiet, es ist Bauzone. Das können Sie unschwer dem Zonenplan entnehmen. Es ist dort eingezeichnet; damit ist es Bauland. Es gibt auch keine Überlagerung mit einer Naturschutzzone. Sehr in der Nähe gibt es eine Naturschutzzone aber auf diesem Gebiet nicht. Der Gemeinderat hat versucht resp. das Baureferat hat versucht den alten Quartierplan, der für diese Häuser östlich des Galgenbucks liegen oder diejenigen, die im Süden liegen, das System dieser Höhenbeschränkung weiterzuführen auf die Parzelle GB 334. Das hat dazu geführt, dass wir gesagt haben, das Bauprojekt muss 1.20 Meter heruntersetzt werden, dann ist es nach Ansicht des Gemeinderates verträglich mit dem bestehenden Quartierplan, dem die anderen Häuser grösstenteils unterworfen sind. Selbstverständlich kann man hier auch anderer Meinung sein. Wenn das jemanden stört und findet, es sollte alles anders sein. Sollte der Einwohnerrat in einer Konsultativabstimmung eine andere Höhe bestimmen, als dass das der Gemeinderat in seinem Entwurf vorgesehen hat, dann ist es sicher, dass ich mich im Gemeinderat dafür einsetzen werde, dass diese Höhe, die von Ihnen vorgesehene Höhe, übernommen wird. Die Zuständigkeit für den Erlass des Quartierplanes liegt aber ganz klar beim Gemeinderat und nicht beim Einwohnerrat. Ich empfehle Ihnen dringend auf die 14. Teilrevision einzutreten. Wenn Sie nicht eintreten, dann bleibt es bei den heutigen Bestimmungen und dann denke ich, wird der Gemeinderat Mühe haben, die Planungszone noch aufrecht zu erhalten. Klar, er kann innerhalb der nächsten 2 Jahre eine neue Vorlage bringen aber es wird dann relativ schwierig. Ich empfehle Ihnen dringend – vor allem den Gegnern dieses Bauprojektes – auf diese Revision einzutreten, denn damit unterwerfen Sie den oberen Teil des Grundstücks GB 334 der Quartierplanpflicht und damit ist es erst möglich den Quartierplan zu erlassen und eine Höhenbeschränkung vorzusehen, wie wir sie in Artikel 4 dieses Entwurfs vorgesehen haben, nämlich 496.60 Meter über Meer. Ich möchte Sie auch darauf hinweisen, dass wir heute Abend nicht über ein Bauprojekt sprechen, obwohl ich Ihnen anschliessend noch Fotomontagen und einen Bauplan zeige. Es ist ein Baugesuch hängig beim Gemeinderat, das bisher noch nicht entschieden wurde. Wir haben Einwendungen dazu bekommen und der Gemeinderat hat darüber noch nicht empfunden, sondern er hat ja bekannter weise die Planungszone erlassen. Ein neues Baugesuch ist bis heute nicht formell eingegangen. Deshalb, wenn ich jetzt anschliessend diese Fotos zeige, dann bedeutet das nicht, dass der Gemeinderat oder das Baureferat der Ansicht ist, dass ein solches Projekt bewilligungsfähig ist. Sondern wir werden das im Detail noch prüfen, wie das aussieht. Es ist lediglich eine Möglichkeit, aber Details haben wir noch nicht geprüft.

Gemeindepräsident erläutert Fotomontagen und Baupläne.

Was Sie hier sehen, ist ein Entwurf und Sie sehen gelb die ursprüngliche Höhe, die 1.20 Meter, die dann hinuntergeht. Sie sehen die rote Linie; das ist das neue Terrain und die grünliche Linie ist die heutige Linie. Die gelbe Linie, das wäre mit 1.20 Meter mehr.

Hier sehen Sie den Blick von oben. Man kann nicht abstreiten, dass man dieses Gebäude sieht. Das ist so. Die Fotomontagen wurden vom Bauinteressenten im Auftrag der Gemeinde Neuhausen am Rheinfall erstellt. Es ist sicherlich nicht übertrieben. Wenn Sie eine scharfe Brille haben, dann sehen Sie noch die ursprüngliche Linie der Bauausschreibung.

Jetzt sehen Sie eine der Ansichten, die wohl am meisten umstritten ist und deshalb habe ich auch den Zeitungsausschnitt zirkulieren lassen. Es sieht doch sehr ähnlich aus. Was die NZZ als vorbildliches Bauen bezeichnet, wird hier relativ stark kritisiert. Es ist auch klar, hier ist noch nichts



begründet. Bei einer Baubewilligung könnte ich mir durchaus vorstellen, dass man Auflagen bezüglich der Begründung macht. Wir sprechen hier aber nicht von einer Baubewilligung. Das möchte ich hier nochmals betonen.

Das ist hier wohl das imposanteste Bild von unten. Wenn man unterhalb des Wegs wäre. Unterhalb des Schlittelhanges, auf dem ich früher auch geschlittelt bin. Hier kommt es sicherlich deutlich zum Tragen. Auch von der Materialisierung her. Hier ist das letzte Wort noch nicht gesprochen. Artikel 35 des Baugesetzes gibt da durchaus Auskunft.

Das ist nochmals der Blick von oben. Wenn man sieht, welche Bäume auf dem Nachbargrundstück bereits stehen. Wenn man sich das jetzt geistig vorstellt, dass das hinübergezogen wird, dann hätte man die Situation plus minus wie wir sie heute haben.

Ob das zu akzeptieren ist oder nicht, meine sehr geehrten Damen und Herren, das müssen wir nicht heute Abend entscheiden. Der Gemeinderat ist der Ansicht, dass wir auf dem richtigen Weg sind, dass wir so eine Lösung hinkriegen. Wenn der Einwohnerrat aber einer anderen Ansicht folgt und nicht seiner Kommission folgt, dann werden wir das selbstverständlich sofort umsetzen. Das ist ganz klar. Wir sind aber der Ansicht, dass es verträglich ist, dass man das akzeptieren muss. Ich habe Ihnen an der letzten Einwohnerratssitzung gesagt, es gibt wirklich vier Möglichkeiten, die wir hier haben. Ich bitte Sie im Sinne der Kommission auf dieses Geschäft einzutreten und den Anträgen des Gemeinderates zuzustimmen. Sollten Anträge auf eine Änderung im Sinne einer Empfehlung des Quartierplanes zu kommen, dann bitte ich Sie bei der Variante des Gemeinderates zu bleiben.

Eintretensdebatte:

ER Jakob Walter (parteilos)

Der Kommissionsbericht ist gut. Ich möchte ihn nicht wiederholen aber einige Facetten aus unserer Sicht beifügen. Selbstverständlich würde auch uns ein unverbaute Galgenbuck besser gefallen. Nicht nur ohne das neue Bauvorhaben sondern auch ohne die Häuser einiger Volksmotionäre. Ich erinnere mich an die Weisheiten des früheren Baureferenten Franz Morath, bei der Beratung des Baugesetzes im Kantonsrat. Ich zitiere aus dem Gedächtnis: „Wir brauchen eigentlich zwei Baugesetze. Ein sehr liberales für eigene Bauvorhaben und ein sehr restriktives für den Nachbarn.“ Mit Schmunzeln erinnert man sich an den Sturmflug der Zürcher FDP gegen das Verbandsbeschwerderecht. Den bösen Bauverhinderern sollten die Zähne gezogen werden. Wer keine ideologischen Scheuklappen trägt, der wusste schon damals, dass die Umweltverbände nur einen kleinen Teil der Einsprachen zu verantworten haben, diese aber weitüberdurchschnittlich erfolgreich d.h. berechtigt sind. Die meisten Einsprachen kommen von Nachbarn. In unserem Beispiel, auch solchen mit liberalen Parteibuch. Eine zusätzliche Pointe ist, wenn man gegen Steuererhöhungen eintritt und gleichzeitig unsere Gemeinde in eine Entschädigungspflicht im sechsstelligen Bereich hineintreiben will. Die Geschichte macht uns, wie gesagt, auch nicht glücklich. Es wurden Fehler gemacht und jetzt geht es darum weiterzukommen. Den Antrag des Gemeinderates betrachten wir als gangbaren Weg. Alle Seiten müssen etwas Federn lassen. Die Bauherrschaft zieht bildlich gesprochen den Kopf etwas ein, die Wildbienen auf der angrenzenden Naturschutzfläche geben einen Teil ihres Terrains preis, die Anwohner akzeptieren einen neuen Nachbarn und die Gemeinde riskiert, gewissermassen als Dank für die Vermittlung, Ersatzforderungen. Nun, wir hoffen, dass sich letzteres vermeiden lässt. Und die Allgemeinheit verliert ein weiteres Stück grün. Das ist der Preis für gemachte Fehler und ein Teil des Preises dafür, dass wir das Wachstum in die Fläche weiterhin zulassen. Wir werden unbegeistert aber überzeugt auf den Antrag des Gemeinderates eintreten und zustimmen. Wenn jemandem das weitere Vorgehen in Sachen Volksmotion nicht klar sein sollte. Das steht in der Geschäftsordnung, Artikel 26 Abs. 7: „Wenn Bericht und Antrag des Gemeinderates vorliegen, gilt die Motion als erledigt.“ Daran können wir auch mit einer allfälligen Abstimmung nichts ändern.



ER-Vizepräsident Urs Hinnen (ÖBS)

Wir von der ÖBS sind auch dafür, dass man auf diesen Antrag eintritt. Wir werden uns allerdings dafür einsetzen, dass man hier eine Variante zustimmen wird, die dann noch weiter die Höhenbegrenzung nach unten festlegt, so wie ER Walter Herrmann (FDP) den Antrag formulieren wird. Das ist unsere Ausgangsposition.

ER Walter Herrmann (FDP)

Es ist ja so, wie man aus dem Kommissionsbericht entnehmen konnte, eine kleine Minderheit nicht einverstanden ist. Ich will da doch noch die Ansichten der Kommissionsminderheit erklären und dann anschliessend auf den Kommissionsbericht eingehen.

Es ist ja wohl einfach, aus dem Bericht herauszulesen, wer zur Minderheit in der Kommission zählt. Nämlich Urs Hinnen (ÖBS) und ich. 2007 schon wollte ich mit meiner Interpellation verhindern, dass es zum heutigen Showdown kommt. Irgendwie ist es da oben auf dem Galgenbuck wie verhext, diese Parzelle will sich einfach nicht einordnen. Nun hat es eine Überbauungsplanung und eine Volksmotion gebraucht, dass endlich etwas geschieht. Der Planungsfehler, der schon über Generationen von Baureferaten besteht, muss nun von uns ausgebügelt werden! Wir sind nicht zu 20-igst hier in diesem Raum und entscheiden einsam, nein, es sind über 200 Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, die Erwartungen an uns stellen, vergessen wir das nicht! Denn auch die im Quartierplanentwurf vorgesehene Absenkung um 1.20 Meter erfüllt nicht die Forderungen der Volksmotion Landschaftschutz Galgenbuck. Der Kommissionspräsident hat die Sitzung sehr professionell vorbereitet und geleitet. Rechtsgutachten, Rügen eines Bewohners an die Bauverwaltung, Pläne der Architekten sowie ein Statement der Volksmotionäre lagen uns vor. Ich denke, auch ein Jurist wäre da überfordert gewesen, in der kurzen Zeit von 4 ¼ Stunden ein abschliessendes rechtsgültiges Urteil abzugeben, ob da oben auf dem Galgenbuck, nun so hoch, in der gewünschten Grösse und Auslegung gebaut werden kann oder nicht. Die Höhenbeschränkung zum Beispiel, resultiert über einen Berechnungsschlüssel, gewachsenes Terrain und einer einzelnen Baute. Auf dieser Parzelle stehen aber zwei separate Häuser zur Debatte, deren maximalen Höhen exakt die gleichen sind, die Geländeform aber nie und nimmer, das soll mir mal einer erklären, wie das funktioniert? Während der Kommissionssitzung wurde uns vom Kommissionspräsidenten die Bereitschaft der Motionäre signalisiert, falls nötig noch rechtliche Schritte gegen das Bauvorhaben einzuleiten, sollte ihren Forderungen nicht nachgekommen werden. Wir alle wissen, dass dann auf Jahre hinaus ein juristisches Hick Hack losgeht, das niemanden wirklich befriedigt. Deshalb stellte ich den Antrag, auf die Höhenbegrenzung der Motionäre 491/495 m.ü.M. einzugehen. Mir wurde darauf plausibel erklärt, dass dann wahrscheinlich nur eine Baute realisiert werden könnte. Das bewog mich zum Kompromiss, eine Höhenbeschränkung auf maximal 495 m.ü.M. für die rechte Baute im süd-östlichen Teil und 494 m.ü.M. für den linken Baute im nord-westlichen Teil zu erlassen um den Eingriff ins Landschaftsbild minimal zu halten. In der Kommission ist dieser Vorschlag knapp unterlegen. Wir, Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, müssen heute zur Umzonung ja sagen, dazu sind wir ermächtigt. Die Auslegung des Quartierplanes hingegen obliegt dem Gemeinderat, das haben wir früher mit der Bauordnung so bestimmt. Deshalb werde ich im Laufe der Debatte genau diesen Antrag als Empfehlung an den Gemeinderat erneut stellen. Interessanterweise sind die Motionäre in ihrem Schreiben ebenfalls auf diese Höhenbeschränkung eingeschwenkt und haben dann offenbar keine Einwände mehr für eine Zonen- und Quartierplan konforme Überbauung. Die Redewendung: „Lieber den Spatz in der Hand, als die Taube auf dem Dach“ trifft hier haargenau zu. Zum Schluss noch: Meiner Ansicht nach muss jeder Bauherr auf sein Risiko hin, bis zur Erteilung einer definitiven Baubewilligung mit Änderungen am Zonen- und Quartierplan rechnen.



Jetzt komme ich zur Fraktion:

Ich spreche zuerst für die FDP Fraktion. Wir haben das Geschäft anhand der nachgesandten Pläne und der CD besprochen. Wir stellen mit unterschiedlicher Gewichtung einen Eingriff in das Landschaftsbild fest. Es ist eine schwierige und exponierte Baustelle. Wir haben auch etwas mangelndes Fingerspitzengefühl seitens der Architekten festgestellt, zwei so dominante Bauten an einer so exponierten und heiklen Stelle zu planen und wir wundern uns nicht, dass dies einen Entrüstungsturm losgetreten hat. Dass es heute eindeutig um den Landschaftsschutz resp. das Landschaftsbild geht, kann man dem Text meiner Interpellation aus dem Jahre 2007, meiner kleinen Anfrage und der Volksmotion entnehmen, wo der Aussicht nur marginale Bedeutung beigemessen wird. So kann man auch keinem Nachbarn, Einsprecher oder Motionär vorwerfen, es gehe ihm nur um seine ureigenen Interessen, keinem wird die Aussicht verdeckt, erwartet Schattenwurf oder andere Emissionen! Die Variante, dass gar nicht gebaut werden soll, wurde bei der Diskussion nie in Erwägung gezogen, da wir auch bei der Einreichung meiner Interpellation im Jahre 2007 keine Bauten verhindern, sondern eine zonen- und quartierplankonforme Überbauung erreichen wollen. Bei der Detailberatung werden sich meine Fraktionskollegen eventuell noch zu Wort melden. Die Fraktion der FDP wird einer Umzonung der Parzelle 334 in die Wohnzone I mit überlagertem Quartierplan zustimmen.

ER Rita Flück Hänzi (CVP)

Auch die CVP würde es lieber sehen, wenn dieser Hang unverbaut bleiben würde, dem ist jetzt aber nicht so! Es liegt ein Projekt vor und dieser Kompromiss mit den 1.20 Meter, mit dem können wir leben. Es wird das Landschaftsbild verändern. Das ist uns bewusst aber die Menschen gewöhnen sich mit der Zeit an vieles. Man gewöhnt sich auch an den Anblick dieses Flachdachhauses oder dieser Flachdachhäuser, sind wir der Meinung. Wir folgen dem Antrag des Gemeinderates und sind für Eintreten.

ER-Präsident Renzo Loiudice (SP)

Eintreten ist somit unbestritten.

Gemeindepräsident Stephan Rawyler

Ich danke Ihnen für die grundsätzlich positive Aufnahme dieses Geschäftes, was die Revision des Zonenplanes betrifft. Es überrascht mich nicht, dass unterschiedliche Meinungen zum Inhalt des Quartierplanes vorhanden sind. Das ist ganz klar! Gestatten Sie mir ganz kurz auf die Fraktionsvoten einzugehen. Die CVP sagt vermutlich verständlicherweise Nichtüberbauen wäre ihnen angenehmer. Das findet auch die SP. Ich denke aber, wir müssen uns bewusst sein, Bauland ist natürlich zum Bauen da. Das ist der Unterschied zwischen Bauland und Nicht-Bauland. Dafür haben wir den Zonenplan gemacht. Nicht unbedingt wir, die wir hier sitzen, aber es ist ein gültiger Zonenplan und das ist nun in der Tat die Folge davon, dass diese Parzelle relativ unüberbaut war und wir uns lange an dieses Bild gewöhnt haben. Aber ich darf daran erinnern, Architektur ist auch ein Teil der Kulturlandschaft, gehört auch zum menschlichen Dasein und kann auch sehr wohl positive Aspekte vermitteln. Ich teile die Ansicht der SP, dass wir uns nicht in die Fläche entwickeln dürfen. Ich denke, dass wir relativ bald in teilweiser neuer Zusammensetzung über diese Frage intensiv beraten können. Ich habe heute Nachmittag den Entwurf des Berichts und Antrages für die 15. Teilrevision durchgelesen und der Gemeinderat dürfte diesen noch vor Weihnachten verabschieden, so dass möglicherweise das Christkind Ihnen dieses grosse Papier zukommen lässt. Die FDP hat sicher Recht mit einem Eingriff ins Landschaftsbild das ist klar. Aber das geht wieder ins Thema hinein,



dass wir uns daran gewöhnen müssen und auch dürfen, dass Bauland überbaut wird. Die SVP hat zu Recht darauf hingewiesen, dass die Fotomontage, die natürlich nicht diese Qualität haben können, weil sie ja einfach gemacht wurden von den Motionären, sicherlich überspitzt sind und dass die Bilder, die ich Ihnen nun gezeigt habe, eher der Wahrheit entsprechen. Die ÖBS hat bereits angekündigt, dass Sie den Antrag von ER Walter Herrmann (FDP) unterstützen wird. Ich habe Ihnen gesagt, der Einwohnerrat wird entscheiden müssen, was er hier dem Gemeinderat empfehlen will. Man muss sich klar sein, gebaut wird vermutlich früher oder später sowieso. Ein Teil der Bienen wird vermutlich ein neues Quartier suchen müssen. Das wird nicht zu vermeiden sein, aber wir schauen mal, was da heute Abend noch herauskommt. Besten Dank. Im Dank möchte ich mich noch bei der Kommission anschliessen. Diese hat in einer intensiven Beratung von morgens 08.00 Uhr bis 12.15 Uhr dieses Geschäft beraten und da bin ich wirklich sehr froh gewesen über die konstruktive Art und Weise, wie da diskutiert wurde und für die gute Vorbereitung des Präsidenten. Das hat sicherlich sehr genützt. Ich möchte aber auch meinen Mitarbeitern Paul Kurer und René Clausen danken für die Mitarbeit in dieser Kommission.

ER Peter Schmid (SVP)

Als Kommissionspräsident muss ich ER Walter Herrmann (FDP) rügen. Wir haben am Ende der Sitzung abgemacht, dass ausserhalb der Kommission niemand erfährt, wer wie abgestimmt hat und er plaudert hier aus, dass er und ER Urs Hinnen (ÖBS) die Minderheit waren. Das kann ich so nicht akzeptieren und goutieren!!!

ER Walter Herrmann (FDP)

Ich habe nur gesagt, es sei wahrscheinlich unschwer festzustellen, wer da in der Minderheit war. Ich rüge mich!!! Wir werden beide damit leben müssen!!!

Detailberatung:

ER Walter Herrmann (FDP)

Ich werde hier meinen Antrag wieder stellen betreffend Quartierplan.

Antrag:

Der Entwurf des Quartierplanes wird dahingehend abgeändert:

Die Höhenbegrenzung der Liegenschaft im oberen Teil rechts des Grundstücks GB Nr. 334 ist auf 495 m.ü.M. und für die linke Liegenschaft auf 494 m.ü.M. zu beschränken.

ER-Vizepräsident Urs Hinnen (ÖBS)

Ich denke, man sollte es schon noch etwas ausführen, was ER Walter Herrmann (FDP) hier vorschlägt. Grundsätzlich haben wir das auch aus dem Volk gespürt. Es fanden Gespräche statt, es kamen verschiedene Zuschriften, auch an meine Person. Es geht hier um Landschaftsschutz, es geht hier um Naturschutz und die Stimmen sind sehr stark und es ist wirklich so, dass sehr viele Leute besorgt sind, wenn wir hier zu stark überborden in Bezug auf diese Bauerei. Ich denke, wenn wir hier einen alternativen Quartierplan eingebaut hätten, dann hätten wir die Möglichkeit dieser Problematik etwas entgegenzuwirken. Ich denke, grundsätzlich kann gebaut werden, auch bei dieser niedrigen Höhenbegrenzung. Es wird möglicherweise dann nur ein Haus sein, aber dieses Haus könnte gebaut werden. Diese Einschränkung würde nicht dazu führen, dass überhaupt nicht mehr



gebaut werden könnte. Es ist auch nicht damit zu rechnen, dass die Gemeinde mit gewissen Kompensationszahlungen konfrontiert wäre. Dieses Grundstück ist nach wie vor attraktiv. Da würde sich sicherlich ein Bauherr finden. Die Tatsache ist die, wir haben im Moment eine ziemlich problematische Situation dort oben. Es sind Bauherren, die konfrontiert sind mit vielen Anwohnern und mit Einsprachen ist zu rechnen. Ich denke, die Atmosphäre ist schlecht und es ist wirklich so, dass wahrscheinlich über Jahre hinweg nicht gebaut werden könnte, wenn man nun die Variante, wie sie der Gemeinderat vorschlägt, akzeptiert. Es ist dann so, dass die Motionäre dann alle Einsprachemöglichkeiten nutzen werden. Das gibt eine Blockade. Die könnte man auflösen indem man sagt, ok wir fahren runter. Dann sind die Motionäre zufrieden, wir machen einen Neuanfang, damit denn entsprechend ein Bauherr gefunden werden kann der unbelastet an diese Bauerei herangehen kann. Es könnte dann weitergehen und es würde gebaut. Wir hätten möglicherweise einen oder gar zwei Steuerzahler, die sich mit der Situation dort abfinden. Meinerseits würde eigentlich nichts dagegen sprechen, diese Höhenbegrenzung noch weiter zu senken.

ER Jakob Walter (parteilos)

Ich möchte darauf aufmerksam machen, der Antrag Herrmann ist nicht sehr praktikabel. Er zielt auf den Quartierplan und im Quartierplan gibt es nicht ein linkes und ein rechtes Haus, sondern dort müsste irgendwo im Gelände eine Linie eingezeichnet werden. Das Bauvorhaben ist nicht bewilligt und nicht beschlossen und wenn wir jetzt den Quartierplan ändern, dann müsste dieser so verheben, dass wenn jemand ein Einzelgebäude oder drei Einzelgebäude dort bauen würde. Mit diesem Antrag ist das nicht der Fall.

ER Arnold Isliker (SVP)

Um einen Meter müssen wir hier sicherlich nicht diskutieren. Ich meinte, wenn wir z.B. das Schulhaus Rosenberg anschauen, das 100 Jahre alt wird und von allen lobgepreist wird, was man da für eine gute Sache gemacht und weitsichtig gebaut hat. Wenn man dannzumal Fotomontagen gemacht hätte und das den Feuerthalern und Flurlingern gezeigt hätte, dann hätten diese gesagt, das passt gar nicht in diese Landschaft hinein. Heute sind wir froh, dass wir dieses Schulhaus haben. Dass der Galgenbuck keine heilige Kuh ist, das ist einfach so! Wenn man jetzt wegen 1 Meter streitet, dann kann das es nicht sein. Lasst diesen Bauherr doch nun endlich bauen! Wenn dieser dann abspringt, dann schauen wir mal, ob man einen neuen Bauherrn bekommt. Ich bin dafür, dass wir nun diesem Zonenplan zustimmen. Das ist meine persönliche Meinung.

ER Walter Herrmann (FDP)

Der Antrag zielt auf die jetzige Situation ab. Das sind zwei Häuser! Soviel ich weiss, wird pro Haus eine Höhe festgelegt, durch dieses gewachsene Gelände. Ist das so?

Gemeindepräsident Stephan Rawlyer

Das liegt in der Natur des älteren Quartierplanes. In diesem Quartierplan sind nicht nur Baulinien sondern Baubegrenzungslinien vorgegeben. Damit ist genau das Baufeld vorgegeben. Es gibt aber diverse Häuser, die keine Höhenbeschränkung haben in diesem alten Quartierplan. Die anderen Häuser haben z.T. sehr eng umschriebene Baubegrenzungslinien. Entscheidend ist, dass die Höhe, die im Quartierplan vorgeschrieben ist, ist eine Nettöhe. Da kommen dann nicht noch Sonnenkollektoren hinauf oder irgendwelche Luken oder Dachfenster. Es ist so, wie ER Jakob Walter (parteilos) gesagt hat. Es ist eine abstrakte Norm, nicht auf ein bestimmtes Bauprojekt ausgerichtet. Auch wenn ein ganz anderes Bauprojekt kommen würde, dann würde das immer noch



gelten. Dann wäre der Giebel einfach auf dieser Höhe. Einzige Ausnahme ist der Kamin, der aus feuerpolizeilichen Gründen den Giebel bzw. die höchste Höhe überschreiten muss. Sonst funktioniert das nicht.

Antrag:

Der Entwurf des Quartierplanes wird dahingehend abgeändert:

Die Höhenbegrenzung der Liegenschaft im oberen Teil rechts des Grundstücks GB Nr. 334 ist auf 495 m.ü.M. und für die linke Liegenschaft auf 494 m.ü.M. zu beschränken.

Der Antrag wird mit 4 : 15 Stimmen vom Einwohnerrat abgelehnt.

ER Markus Anderegg (FDP)

Ich möchte zur besseren Einbindung dieses Projektes oder eines anderen Projektes wirklich dem Gemeinderat noch wärmstens empfehlen, die neuen Bauten auch mit Grünwerk auszustatten. D.h. auch gewisse Vorschriften bei der Baugenehmigung, so dass sich die Gebäude von Anfang weg wenigstens ein bisschen grün eingewachsen darstellen. Das entschärft die Problematik dort oben entscheidend. Wir haben ja dieses Bild von der Galgenbuckplattform aus gesehen und auch gezeigt hat, dass die Hecke bei den bestehenden Häusern die oberste Dachkante abdeckt und der Herr Gemeindepräsident hat richtig erwähnt, dass wenn diese Hecke auch bei den neuen Bauten noch ein bisschen weiter gezogen wird, das dann von oben die Sicht sehr entschärft wird. Es ist ja immer so, wenn neue Gebäude gebaut werden, dann sehen sie von Beginn weg sehr nackt aus und es braucht 2 bis 5 Jahre, bis sich die Gebäude ein bisschen an die Umgebung angepasst resp. bis das Grünfutter, wie wir in der Fachsprache sagen, auch nachgewachsen ist. Dann sieht die Sache schon ganz anders aus. Natürlich, auch ich verstehe die Motionäre und breite Kreise der Bevölkerung, die sich vor allem Sorgen machen für das Bild von Beringen her. Die markanten Bauten am Rande der Bauzone. Aber auch da kann mit einheimischem Gehölz das Projekt wesentlich entschärft werden. Ich denke, das ist ein ganz wichtiger Bestandteil um hier die richtige Lösung, die allen etwas entgegenkommt, zu erreichen. Das ist lediglich eine Anregung für die Weiterbearbeitung der etwas problematischen und sehr sensiblen Angelegenheit.

Antrag:

1. Umzonung der oberen Teilfläche von 1'108 m² des Grundstücks GB Neuhausen am Rheinfall Nr. 334 an der Sonnenbergstrasse von der Wohnzone II in die Wohnzone I mit der Nutzungsüberlagerung „Quartierplanpflicht“.

Der Antrag wird mit 19 : 0 Stimmen einstimmig angenommen.

2. Die Volksmotion vom 31. Mai 2012 wird als erledigt abgeschrieben.

Ziffer 1 dieser Beschlüsse untersteht gemäss Art. 14 lit. d der Verfassung der Einwohnergemeinde Neuhausen am Rheinfall vom 29. Juni 2003 (NRB 101.000) dem fakultativen Referendum.

Gemeindepräsident Stephan Rawyler

Der Gemeinderat geht davon aus, dass die Volksmotion nun als erledigt abgeschrieben ist. Sie wird nicht mehr unter den pendenten Geschäften geführt. Sonst müssen Sie sich jetzt wehren!

Das Geschäft ist somit erledigt.



TRAKTANDUM 3 Postulat Ruedi Meier (SP) betreffend Massnahmenplan zur Umsetzung der kantonalen „Leitlinien frühe Förderung“ in der Gemeinde Neuhausen

Begründung:

ER Ruedi Meier (SP)

Gerne sage ich noch ein paar Worte zum Postulat „Massnahmen zur Umsetzung der kantonalen Leitlinien frühe Förderung“ in der Gemeinde Neuhausen am Rheinflall“.

Ich gehe davon aus, dass Sie alle das Postulat und die ausführliche Begründung gelesen haben. Darum beschränke ich mich auf einige selbsterklärende Beispiele aus dem Kindergartenalltag. Vorschickend möchte ich darauf hinweisen, dass der Kindergarten die Pforte zur Volksschule darstellt. Am Stand der eintretenden Kinder können wir feststellen, wie die vorschulische Entwicklung unserer Kinder ist. Und was auf unsere Schule zukommt.

Um es vorwegzunehmen: wir stellen fest, dass vermehrt elementare Fähigkeiten, die die Kinder beim Kindergarteneintritt eigentlich mitbringen sollten, nicht mehr vorhanden sind.

Dazu ein paar Beispiele:

- Beim Waldspaziergang fällt ein Junge 14 x hin, weil er es nicht gewohnt ist auf nicht geteertem und unebenem Boden zu gehen.
- Vor der Kindergarteneingangstreppe steht ein Kind schreiend, weil es nicht weiss, wie es Treppen steigen muss.
- Eltern bleiben im Kindergarten, da ihre Kinder sofort zu schreien beginnen, bzw. den Eltern nachrennen, wenn sie den Kindergarten verlassen wollen.
- Beim Turnunterricht steht ein Kind vor der Kindergärtnerin und hält ihr die Kleider hin, um angezogen zu werden.

Und einen möchte ich Ihnen nicht vorenthalten:

- Ein Kind bringt zum „Znüni“ immer Brei mit. Die Kindergärtnerin stellt fest, dass das Kind nicht kauen kann. Nicht weil es krank war, nein, weil es nicht weiss wie es geht.

Sie sehen Frühförderung ist nicht einfach ein neues modernes Schlagwort, Frühförderung ist zusehends notwendig.

In diesem Sinne bitte ich Sie der Überweisung des Postulats zuzustimmen.

Stellungnahme:

Gemeinderat Patrick Strasser

Seit 12 ½ Jahren darf ich nun an den Sitzungen des Einwohnerrates teilnehmen. Zuerst 4 ½ Jahre als Einwohnerrat, dann nach einer 3 ½ jährigen Pause nun 8 Jahre als Gemeinderat. Das wird nun meine letzte offizielle Stellungnahme, die ich hier vorlese. Geniessen Sie es also!

Wie es der Postulent jetzt ganz eindrücklich in seiner Begründung geschildert hat, steigt die Anzahl der Kinder an, die mit einem Entwicklungsrückstand in den Kindergarten kommen. Leider sind dort Kinder, die unfähig sind, Kontakte zu anderen Kindern herzustellen oder solche, die nicht wissen, wie man spielt, keine Seltenheit mehr. Wenn aber im Kindergarten-Eintrittsalter solche grundlegenden Mängel vorhanden sind, dann ist die zukünftige positive Entwicklung des Kindes stark gefährdet. Wie die Forschung zeigt, sind diese Kinder im späteren Leben oft diejenigen Erwachsenen, die kaum auf eigenen Beinen stehen können und z.B. von Sozialhilfe leben. Es ist also von grösster Wichtigkeit, dass sich Kinder in einem positiven Umfeld gemäss ihren Fähigkeiten entwickeln können. Tatsache ist leider, dass dies vermehrt nicht mehr der Fall ist. Bei der „Frühen Förderung“ geht es um einen



Lösungsansatz für das geschilderte Problem. Oder einfacher gesagt: Mit „Früher Förderung“ soll es den Kindern ermöglicht werden, ohne einen massiven Entwicklungsrückstand in den Kindergarten eintreten zu können.

Der Kanton hat diese Problematik ebenfalls erkannt und hat das Projekt „Frühe Förderung“ gestartet. Der Schulreferent war dabei Mitglied der politisch zusammengesetzten Steuergruppe des Projekts. Die aus verschiedenen Fachleuten aus Kanton und Gemeinden bestehenden Fachgruppen haben die Leitlinien „Frühe Förderung“ erstellt; aus Neuhausen am Rheinflall waren u.a. eine Kindergartenlehrperson sowie die Krippenleiterin in einer Fachgruppe aktiv. Die Steuergruppe hat die Leitlinien zu Händen des Regierungsrats verabschiedet, der diese im Herbst 2011 genehmigt hat. Allerdings wurde das Projekt vorerst gestoppt, die geplante kantonale Fachstelle ein Opfer des Spardrucks wurde. Laut Aussage des Erziehungsdirektors soll aber nun ein 50 %-Pensum beim Sozialdienst des Erziehungsdepartementes, das wegen der Einführung der KESB frei wird, für die Koordination und die fachliche Unterstützung im Bereich „Frühe Förderung“ genutzt werden. Andererseits war von Anfang an klar, dass der Kanton unterstützend wirken soll, die konkrete Umsetzung möglicher Massnahmen aber vor Ort, also auf Gemeindeebene, zu geschehen haben.

Was sind das für Massnahmen? Es geht dabei um familienergänzende Förderung, um familienunterstützende Förderung, um frühe Gesundheitsförderung sowie um entwicklungsfördernde öffentliche Lebensräume. Bei der familienergänzenden Förderung geht es um bekannte Institutionen wie Spielgruppen und Kinderkrippen. Die familienunterstützende Förderung, die dem Sprechenden bei den Beratungen in der Steuergruppe immer ein grosses Anliegen war, geht vom Grundsatz aus, dass „Frühe Förderung“ in erster Linie in den Familien selbst zu geschehen hat. Es geht also darum, den Eltern das notwendige Wissen zu vermitteln, damit es diese eigenverantwortlich umsetzen können. Der dritte Aspekt, die frühe Gesundheitsförderung, betrifft v.a. die Fachpersonen wie z.B. die Mütter- und Väterberatung bzw. die Haus- und Kinderärzte sowie die Vernetzung dieser Institutionen mit Kinderkrippen, Spielgruppen etc. Für die Gemeinde herausfordernder ist der letzte Aspekt, die Erstellung von entwicklungsfördernden öffentlichen Lebensräumen. Kinder müssen die Möglichkeit haben, sich in einem vielseitigen Lebensraum mit verschiedenen Erfahrungen auseinandersetzen zu können. Asphalt- und Betonwüsten bieten diese Erfahrungsmöglichkeiten nicht.

Welche Angebote gibt es nun bereits in Neuhausen am Rheinflall? Bekannt ist die Kinderkrippe, welche von der Gemeinde jährlich mit Fr. 380'000.00 subventioniert wird. Die Kinderkrippe ist eine sehr gute Institution, die aber über eine lange Warteliste verfügt. Es gibt zwei Spielgruppen, die zum einen mit Fr. 6'000.00, zum anderen mit einem Defizitbeitrag von rund Fr. 2'500.00/Jahr unterstützt werden. Dazu ein kleiner Exkurs. Es gab bis vor kurzem noch eine dritte Spielgruppe, die „Miteinander“-Spielgruppe, die vor kurzem eingegangen ist. Ich habe ein Gerücht gehört, dass sie deshalb eingegangen sei, weil die Gemeinde nichts an diese Spielgruppe gezahlt hat! Tatsache ist, dass diese Spielgruppe nie einen Antrag gestellt hat, sei es schriftlich oder sogar auch nur mündlich. Wenn die Gemeinde nicht weiss, dass es finanziell nicht so gut läuft, dann kann sie natürlich auch nicht helfend einschreiten.

Die von der Spitex Schaffhausen organisierte Mütter- und Väterberatung findet an drei Dienstagnachmittagen pro Monat in diesem Raum, in welchem der Einwohnerrat tagt, statt.

Die Gemeinde hat noch weiteres versucht:

Im Rahmen des Bundesprogramms „Projet urbain“ hat die Gemeinde in Zusammenarbeit mit dem Erziehungsdepartement versucht, Gelder für ein Projekt im Bereich „Frühe Förderung“ zu erhalten. Leider wurde dieses Projekt bei der Mittelvergabe nicht berücksichtigt, obwohl es von den entsprechenden Stellen grundsätzlich als gut angesehen wurde.

Was in Neuhausen am Rheinflall dagegen bis jetzt nicht gemacht wurde, ist eine systematische Übersicht über Bedarf und Angebote. Ebenfalls kann die Koordination der verschiedenen Angebote sicher verbessert werden. Der mit dem Postulat verlangte Massnahmenplan dient dieser Übersicht bzw. Koordination. Ebenso kann er aufzeigen, wo etwaige Lücken im Bereich „Frühe Förderung“ bestehe. Da die notwendigen finanziellen Ressourcen ein Bestandteil des Massnahmenplanes sein sollen, erhält der Einwohnerrat mit diesem Massnahmenplan auch eine klare Aussage darüber, was



die Umsetzung von eventuellen neuen Angeboten kosten würde. Da der Gemeinderat der Meinung ist, dass eine solche Auslegeordnung grundsätzlich sinnvoll ist, unterstützt er die Überweisung des Postulats.

Diskussion:

ER Arnold Isliker (SVP)

Wenn man das Votum von ER Ruedi Meier (SP) gehört hat, der Fächer würde sich sicherlich noch mehr öffnen, wenn man überall dahinter sieht. Seit ich in der Schulbehörde bin, musste ich auch meine Augen öffnen und habe Dinge gesehen, die ich hinterfragen musste und habe mir die Frage gestellt, dürfen Eltern überhaupt Kinder haben? Heutzutage braucht es für alles eine Prüfung. In Bern wurde diskutiert, ob die Grosseltern eine Prüfung brauchen, um auf die Enkel aufzupassen! Wir brauchen eine Hundeprüfung für einen neuen Hund! Für mich wäre mal zwingend notwendig, dass die Eltern eine Prüfung ablegen, wo geklärt wird, ob sie überhaupt Kinder auf die Welt stellen dürfen! Wenn man sieht, was noch alles auf uns zukommt. Wenn man sieht, was vom Kindergarten her kommt, dann ist das bedenklich. Diese Kinder sollten mal in die Elementarschule, Sek oder Real kommen. Das ist bedenklich. Deshalb bin ich auch ein Mitunterzeichner dieses Postulates und stehe hier voll dahinter. Wir haben aber noch diverse Fragen. Wie hoch werden die Kosten? Wenn diese Projekte angeboten werden, dann müsste diese auch obligatorisch sein! Das Angebot alleine bringt den gewünschten Erfolg nicht! Eltern, die solche Kinder haben, müssten sich finanziell daran beteiligen. Es müsste kostenneutral sein. Das sind noch Fragen, wo wir genaue Auskunft haben möchten.

ER Rita Flück Hänzi (CVP)

Das Postulat von ER Ruedi Meier (SP) kann und will die familienfreundliche Partei CVP unterstützen. Wir sind der Meinung, dass sich diese Investitionen in der Frühförderung langfristig auszahlen würden. Wir wollen jedoch vermeiden, dass sämtliche Kosten von der Gemeinde getragen werden. Einen Unkostenbeitrag der beteiligten Eltern sehen wir als selbstverständlich.

Ich möchte noch etwas anfügen und zwar, das was GR Patrick Strasser vorher erwähnt hat wegen der Spielgruppen, die bereits einen Betrag erhalten. Du hast erwähnt, dass eine dritte Spielgruppe, die „Miteinander“-Spielgruppe, eingegangen ist. Es ist tatsächlich so, dass die Initiantin auf die Gemeinde zugegangen ist und die Gemeinde wusste gar nicht, dass diese Spielgruppe existiert. Sie war seit 2008 im Pfarreizentrum Casino, im ehemaligen Kindergarten, zu Hause. Es ist ein Projekt der Integres. Es ist nicht der Grund, dass die Gemeinde bei der Finanzierung nicht geholfen hat, sondern es ist so, das habe ich direkt von der Leiterin erfahren, ist es sehr schwierig, diese Kinder zu rekrutieren und auch zu behalten über zwei Jahre hinweg. Da hast Du es, Arnold Isliker sehr gut gesagt, das müsste fast obligatorisch sein. Dann gehen die Kinder wieder länger weg und kommen nicht mehr. Wir unterstützen das Postulat und finden es gut.

ER Marco Torsello (FDP)

In den letzten Jahren hat sich das Bild der traditionellen Familie sichtlich gewandelt. Als Lehrperson erlebe ich dies tagtäglich. Vor allem sticht eine besondere Tatsache ins Auge. Kinder und Jugendliche mit besonderen Bedürfnissen bräuchten diese Unterstützung nicht, wenn sie bereits im frühen Kindergartenalter behandelt worden wären. Ein frühes Aufspüren von Defiziten ist eine Investition in die Zukunft und wirkt definitiv präventiv. Als Beispiel, habe ich mal so etwas erlebt, als ich ein Kindergartenpraktikum machen durfte hier in Neuhausen. Da hatte es ein Kind, das konnte



nicht Treppenlaufen! Es hat das einfach nie gelernt. Da sträuben sich einem schon die Haare, wenn man so etwas sieht. Eine frühe Förderung und Unterstützung ist massgeblich für eine gesunde und integrative Entwicklung. Die FDP steht deshalb hinter diesem Postulat allerdings halten wir fest, dass die Verantwortung nach wie vor bei den Erziehungsberechtigten liegt. Viele dieser Defizite sind nämlich anerzogen und nicht angeboren! Es darf also nicht sein, dass diese Unterstützungsangebote dann kostenlos genutzt werden können. Da muss unbedingt ein Beitrag eingefordert werden und die Erziehungsberechtigten müssen schon wieder vermehrt in die Pflicht genommen werden!

ER-Vizepräsident Urs Hinnen (ÖBS)

Wir von der ÖBS sind auch dafür. Wir haben in unserem Wahlkampf dafür geworben, dass man die Zeichen der Zeit erkennen soll. Hier geht es um so etwas. Es ist ja wirklich so, dass das dringend notwendig ist, wie das ja vorher dargestellt wurde. Es ist auch im Sinne der Chancengleichheit, dass diese Kinder auch die Möglichkeit haben aufzuschliessen. Schlussendlich geht es da auch um die soziale Ungleichheit. Es ist ganz klar, hier kann man Gutes tun. Dieses Postulat ist unterstützungswürdig und wir werden diesem Postulat sicherlich auch zustimmen.

ER Felix Tenger (FDP)

Nur noch kurz. Ich wollte eigentlich nichts sagen, aber ER Ruedi Meier (SP) hat mich mit seiner Aufzählung doch noch kurz irritiert. Ich finde es sicherlich gut, dass man eine Übersicht macht und ich finde es auch gut, dass man das koordiniert. Es gibt drei Bereiche, bei denen es völlig unbestritten ist: Familienergänzende, familienunterstützende und frühe Gesundheitsförderung. Beim entwicklungsfördernden Lebensraum möchte ich einfach darum bitten, Augenmass zu bewahren. Ich sehe nicht ein, dass man mit den Kindern in den Wald gehen muss, vor allem hier in Neuhausen am Rheinfall, wo der Wald so nahe ist. Nicht dass wir hier eine neue Bürokratie aufbauen und etwas für die Kinder machen, dass sie gar nicht brauchen.

Der Einwohnerrat erklärt das Postulat mit 19 : 0 Stimmen einstimmig als erheblich.

Das Geschäft ist somit erledigt.



TRAKTANDUM 4 Interpellation Rita Flück Hänni (CVP): Lichtsignalanlage Enge

Stellungnahme:

Gemeindepräsident Stephan Rawyler

Gestatten Sie mir zwei/drei Vorbemerkungen, bevor ich zur Beantwortung der Fragen komme. Wir leben in einem kleinen Paradies, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das merken jene Autofahrerinnen und Autofahrer, die schon mal im Grossraum Zürich unterwegs waren oder so wie ich, tollkühn auf der A1 fuhr von Winterthur Richtung Zürich. Ich bin Schritttempo gefahren bis ungefähr kurz nach der Kreuzung, wo die Autobahn nach Uster weg geht und dann ging gar nichts mehr. Wir sind uns offenbar gar nicht gewohnt, dass ein längerer Stau entstehen kann. Das etwas nicht sofort erreichbar ist, sondern dass es etwas länger geht. Das zweite, das wir zur Kenntnis nehmen müssen ist, dass die Entwicklung, die wir im Klettgau sehen, natürlich eine direkte Folge hat, nämlich mehr Verkehr. Wenn in Beringen in den nächsten 2 Jahren alles überbaut wird, dann hat das Auswirkungen. Von 2011 bis 2012 haben wir eine Verkehrszunahme von nicht 2 ½ Prozent, wie wir gerechnet haben, sondern sage und schreibe 3%! Rechnen Sie das einfach mal aus, dann sehen Sie bei welchen Zahlen wir dann sind, wenn der Galgenbuckeltunnel 2019 eröffnet wird. Das sind Zahlen, bei denen man sagen muss, weshalb spricht man in Bern ernsthaft von einem zweiten Gotthardtunnel spricht und nicht von einem zweiten Galgenbuckeltunnel. Das wäre vermutlich intelligenter, denn wir sind ungefähr bei 28'000 Fahrzeugen auf der Schaffhauserstrasse. Beim Gotthardtunnel sind wir irgendwo bei 23'000. Die Entwicklung ist bei uns rasanter als beim Gotthard. Da muss man sich wirklich fragen, wie geht das weiter und da muss man sich wirklich bewusst sein, man darf eine Lichtsignalanlage nicht alleine für sich anschauen, sondern muss das gesamte Verkehrssystem anschauen und vor allem Verkehrspolitik darf nicht getrennt von der Siedlungspolitik angeschaut werden. Die Siedlungspolitik ist verknüpft mit der Verkehrspolitik. Indem der Kanton Schaffhausen eine enorme – grundsätzlich ja erfreuliche - Entwicklung im Klettgau zugelassen hat, muss er sich nicht wundern, wenn seine Kantonsstrasse plötzlich überfüllt ist. Da braucht es relativ wenig und plötzlich haben wir einen Stau. Die Verkehrsnetze und die Verkehrsarten müssen effizient werden und müssen optimal auch genutzt werden. Leider sind wir 3 bis 4 Jahre zu spät mit unserem Stadtbahnprojekt. Wenn wir nämlich jetzt im Beringer-Feld bereits die S-Bahn Haltestelle hätten und eine funktionsfähige S-Bahn hätten und nicht eine DB, die einfach unangemeldet nicht kommt, wie das wieder am letzten Montag geschehen ist, dann würden vermutlich doch einige Autofahrerinnen und Autofahrer sich statt für den Stau für den öffentlichen Verkehr entscheiden. Öffentlicher Verkehr ist alleweil besser, als wenn jeder einzelne für sich unterwegs ist. Der Gemeinderat und dazu zähle ich mich ja erfreulicherweise auch, ist nicht gewählt worden, um die Verkehrsprobleme des Kantons zu lösen, sondern wir sind gewählt worden um in erster Linie die Interessen der Neuhauserinnen und Neuhauser zu vertreten. Wenn man schaut, woher kommt das eigentlich, dann muss man sich in Erinnerung rufen, wie es eigentlich ausgesehen hat, Ende der 80-iger Jahre. Ich habe damals einen Bericht und Antrag des Gemeinderates an den Wohnerrat. Auf der Rosenbergstrasse sind wir 1988 ungefähr bei 10'000 bis 11'000 Fahrzeugen. Man hat gesehen, dass es immer weiter ansteigt und insofern muss ich mit bei ER Rita Flück Hänni (CVP) entschuldigen, denn Ihre Zahlen, die sie genannt hat wegen der Haltestelle Fernblick waren tatsächlich richtig. Weil dort hat die Lichtsignalanlage nicht funktioniert. Wenn man es hochrechnet hat, dann kommt man auf 19'000 Fahrzeuge. Das war mir damals im Moment nicht bewusst. Ich habe das nun selbst auch nachgerechnet. Einfach mit 2.5 % Steigerung jedes Jahr und dann kommt man auf ungefähr 19'000 Fahrzeuge auf der Rosenbergstrasse. Das ist ziemlich genau das, was ER Rita Flück Hänni (CVP) gesagt hat. Mit der Lichtsignalanlage konnten wir das in diesem Quartier beruhigen auf 10'000 bis 11'000 Fahrzeuge. Das bedeutet auf der Engestrasse etwas 5'000 bis 5'500 Fahrzeuge. Der Rest geht über die südliche Rosenbergstrasse. Nun diese Lichtsignalanlage an der Engestrasse darf



wie gesagt nicht isoliert betrachtet werden, denn diese 11'000 und ohne Lichtsignalanlage gegen 19'000 Fahrzeuge, die gehen irgendwo hin. Ein Teil ist mutig und fährt über die Einschlagstrasse hinunter, dann steigt der vorderste aus, drückt aufs Lichtsignal und dann fahren alle los. Das ist natürlich nicht der Sinn, dass wir bei der Schule eine solche Entwicklung haben. Das wird der Gemeinderat noch anschauen müssen. Aber es geht noch weiter. Die Stadt Schaffhausen hat mit Besorgnis zur Kenntnis genommen, dass eine Diskussion um die Lichtsignalanlage Enge stattfinden, denn sie ist wieder betroffen mit der Sonnenburggutstrasse, Steigstrasse und dann vor allem der Obertorkreisel. Wenn dort zu ist, dann geht gar nichts mehr, dann gehen auch die ÖV nicht mehr und das ist eine ganz schwierige Situation. Lassen Sie mich jetzt aber noch auch dieser Botschaft etwas zitieren: „Die Engestrasse Lichtsignalanlage wurde 1989 in Betrieb genommen. 1998 wurde dort die Busbevorzugung installiert.“ Die Einfahrt aus dem Klettgau Richtung Engestrasse ist leistungsmässig beschränkt. Zurzeit ist es eine sehr schwache Beschränkung. Es fahren ca. 12 bis 15 Autos durch. Es gibt sehr viele Autofahrerinnen und Autofahrer, die dunkelrot noch als grün empfinden. Das ist eine schwierige Situation. Eigentlich sollten nicht mehr als 5 bis 6 Autos dort durch. 1988 hat der Gemeinderat das wie folgt begründet: „Die stetige Verkehrszunahme auf unseren Hauptdurchgangachsen haben in den letzten Jahren zu einem massiven Zugang des Verkehrs auf der Rosenbergstrasse geführt. Seit 1981 ergeben die Verkehrszählungen folgendes Bild (es wird eine Folie gezeigt). Dabei handelt es sich um Durchschnittswerte. In der Woche vom 26. Mai bis 2. Juni 1988 wurde ein Spitzenwert von 83'450 Fahrzeugeinheiten oder 12'500 pro Werktag festgestellt. Am Montag den 30. Mai 1988 wurde am Abend zwischen 17.30 Uhr und 18.30 Uhr 1'700 Fahrzeugeinheiten gezählt. Eine Analyse des Verkehrs zeigt, dass es sich zum grössten Teil um Agglomerationsverkehr handelt, der aus Neuhauser Eigenverkehr und Verbindungsverkehr in den Klettgau besteht. Der Gemeinderat hält an den 1982 formulierten Thesen zum Durchgangsverkehr nach wie vor fest. Eine echte Entlastung kann nur durch die Umfahrung der Gemeinde mit dem Galgenbucktunnel erreicht werden. Der ist langfristig unerlässlich. Kurz- und mittelfristig muss der Durchgangsverkehr weiterhin von der Achse Schaffhauserstrasse, Klettgauerstrasse, Zollstrasse aufgenommen werden. Durch entsprechende Signalisation soll erreicht werden, dass der Durchgangsverkehr auf diesen Achsen beschränkt bleibt und dort möglichst emissionsarm geführt wird. Der Gemeinderat ist sich darüber klar, dass damit den geplagten Anwohnern keine Entlastung geboten wird. Der Gemeinderat will aber nach wie vor verhindern, dass der Verkehr in die Quartiere abfließt. Die Gemeinde kann zusammen mit dem Kanton eine Hauptachse für die Anwohner verbessern. Das macht dann einen Sinn, wenn der Verkehr auf dieser Achse bleibt.“ Meine Damen und Herren: Das ist doch aktuell! Wenn ich Ihnen nicht die Jahreszahl gesagt hätte, hätten Sie gesagt, das sei aus dem Jahr 2012. Und deshalb kann sich der Gemeinderat diese Überlegungen vollumfänglich anschliessen, die im Übrigen auch der bis anhin geltenden Verkehrspolitik des Kantons Schaffhausen entspricht.

Sie sehen jetzt einen Auszug aus dem Strassenrichtplan, Revision 2010/2012, Kantonsstrasse. Das war am letzten Montag im Kantonsrat traktandiert und Sie sehen darauf die Engestrasse ist nicht als Kantonsstrasse bzw. als zweite Achse vorgesehen. Es ist hier mit Strichen markiert der Galgenbucktunnel und die Achsen H4 und H13 und die Zollstrasse. Die Engestrasse ist eine Gemeinde- und Quartierstrasse. Bis im Mai ca. dieses Jahres war die Lichtsignalanlage mehr oder weniger so in Betrieb wie wir es uns wünschen. Die Pfortnerung war eigentlich immer noch zu wenig und wir waren dann so gutmütig, dass wir gesagt haben, während der Bauzeit auf der Klettgauerstrasse schalten wir das Lichtsignal auf der Engestrasse auf Gelb um. Wir mussten an der Klettgauerstrasse ja die Werkleitungen ersetzen wegen des Galgenbucktunnels. Einen grösseren Durchmesser für die Abwasserleitungen und eine Verstärkung der Wasserleitung. Man hat sich dann entschieden im Herbst dieses Jahres, dass man das Asphaltieren evtl. im Sommer 2013 macht. Damit war für den Gemeinderat klar, dass die Arbeiten jetzt abgeschlossen sind und wir auf den Zustand zurückgehen können, wie er bis im Mai 2012 galt. Wir haben die Lichtsignalanlage wieder eingeschaltet. Die Erinnerung kam leider nicht bei den kantonalen Stellen, die wussten nichts mehr davon und waren dann einem Entrüstungssturm des Klettgaus ausgesetzt. Die Klettgauer Autofahrerinnen und Autofahrer sind natürlich klug, haben sofort gesehen, wenn ich über die



Engestrasse fahre, dann kann ich die Lichtsignalanlage an der Kreuzstrasse und am Rheinhof umfahren. Und wir haben eine massive Zunahme auf dieser Achse festgestellt. Das ist eine Situation, die wir nicht akzeptieren können.

Frage 1:

Warum wurde die Lichtsignalanlage Klettgauerstrasse/Engestrasse wieder eingeschaltet?

Frage 2:

Ist der Gemeinderat bereit, zusammen mit dem Kanton eine tragbare Lösung zu finden, um die heutige Situation zu verbessern?

Antworten zu Fragen 1 und 2:

Wir können es nicht zulassen, dass das Quartier Engestrasse/Rosenbergstrasse von einer Blechlawine überrollt wird. Es kann doch nicht sein, dass ruhesuchende Klettgauerinnen und Klettgauer mit ihren Autos durch unsere Strassen fahren, durch unser Wohngebiet fahren und damit unsere Lebensqualität massiv herabsetzen. Wenn das nur ein halbes Jahr oder ein Jahr gegangen wäre, dann hätte ich das akzeptiert aber wir sprechen von einer Eröffnung des Galgenbucktunnels im Jahr 2019. Schauen Sie sich in diesem Rat um. Sie können unschwer feststellen, wer 2019 schon pensioniert ist. Das ist eine grosse Anzahl unserer Mitglieder. Wir haben deshalb das wieder eingestellt. Ist eine Pfortnerung etwas Besonderes? Was sie hier sehen ist ein Auszug aus dem Agglomerationsprogramm aus dem Jahr 2007. Es ist das Massnahmeblatt über die Verkehrlenkung. Ein natürlich dauerhaftes Thema für den zuständigen Regierungsrat. Auf der nächsten Seite sehen Sie diese gelben Kreuzchen. Das sind Lichtsignalanlagen und an diesen Stellen sollte eine Pfortnerung geschehen. Bereits vorhanden ist Pfortnerung in der Engestrasse in diese H13/H14 aber es sind weitere Pfortnerungen vorgesehen. Das ist nicht eine absurde Idee von Neuhausen am Rheinfall eine Pfortnerung ausserhalb des Wohngebiets zu machen sondern das ist die kantonale Politik! Offenbar ist es nicht allen Leuten ganz angenehm, diese Tatsache wieder einmal zur Kenntnis zu nehmen, dass man das aus dem Anhang 9 des Agglomerationsprogrammes entnehmen kann. Interessant ist, dass sich bereits die Beringer Gemeindebehörden wehren, dass in ihrem Siedlungsgebiet eine Pfortnerung stattfindet. Jedoch habe ich bei einer Pfortnerung auf unserem Siedlungsgebiet noch keinen Protest gehört. In dieser Situation hat der Baudirektor uns gedroht, die Gemeindestrasse Engestrasse als Kantonsstrasse zu übernehmen, gestossen auf das Strassengesetz. Er hat das entsprechende Verfahren eingeleitet. Damit stand nicht nur ich sondern der gesamte Gemeinderat vor der Wahl, wollen wir riskieren, dass die Engestrasse eine zweite Achse nach Schaffhausen wird, entgegen der immer wieder betonten kantonalen Aussage, es gäbe nur eine Achse. Faktisch aber doch eine zweite Achse besteht und damit haben wir das angeschaut und der Kanton hat diese Lösung vorgeschlagen. Der Kanton! Es wird immer wieder gerücheweise besagt, ich hätte diese Lösung vorgeschlagen, das war aber der Kanton. Ich habe diese Lösung studiert. Es war mir natürlich klar, dass eine solche Lösung möglicherweise vorgeschlagen wird. Es war mir klar, dass es die zweitbeste Lösung für Neuhausen am Rheinfall ist. Die beste wäre jene gewesen, dass das Lichtsignal normal läuft (Rot-Gelb-Grün). Der normale Ablauf einer Ampel. Gelb blinken hingegen würde bedeuten, dass es eine zweite Achse ist. Wer gelb blinken wünscht, der muss sich klar sein, wir öffnen eine zweite Achse nach Schaffhausen. Diese wird schon lange gewünscht und der Druck wird bleiben. Wir sind aktuell in einer Versuchsphase. Es ist auch noch nichts ausgestritten. Wir werden bis Mitte/Ende Januar 2013 uns darüber klar werden müssen, ob diese Lösung bestehen kann oder nicht.

Frage 3:

Was sieht der Gemeinderat für Alternativen, den Fluchtweg Engestrasse zu verhindern?

Antwort:

Es ist ein gewisser Preis, den wir bezahlen müssen auf massiven Druck des Kantons. Ich werde jetzt bestürmt von Gewerbetreibenden, Sie hätten Einbussen, weil das Linksabbiegen in die Engestrasse nicht mehr gestattet ist. Ich muss Ihnen sagen, ich habe diverse Briefe erhalten, die sagen es sei gut, dass wir das Lichtsignal wieder eingeschaltet haben. Ich bin auf der Strasse angesprochen worden wie noch nie, seit ich Gemeindepräsident bin. Viele Leute gratulieren mir, das sei gut, dass ich mich dafür gewehrt hätte. Sie sehen, so sind die Interessen unterschiedlich. Der Kanton hat seine Interessen und ich muss für die Interessen der Gemeinde Neuhausen am Rheinfall besorgt sein.

Das ist die aktuelle Situation, in der sich der Gemeinderat befindet. Das ist der Grund, dass wir diese Lösung gewählt haben. Geradeaus ist grün oder gelb blinkend. Es ist nicht mehr möglich von der Engestrasse nach links abzuzweigen. Nach wie vor haben wir eine schwache Pfortnerung beim Abzweiger in die Engestrasse und wir hoffen, dass wir so die Interessen von Neuhausen am Rheinfall optimal wahren konnten.

*Diskussion:*ER-Präsident Renzo Loiudice (SP)

Ist die Interpellantin von der Antwort befriedigt?

ER Rita Flück Hänzi (CVP)

Ich verlange eine Diskussion, weil ich diesbezüglich noch Fragen habe.

Vielen Dank für Deine Ausführungen, Stephan Rawyler. Du hast im Vorfeld gesagt, es geht um die Interessen der Neuhauserinnen und Neuhauser. Da hast Du vollkommen Recht. Viele Bewohner oberhalb der Engestrasse sind, so wie es jetzt läuft, überhaupt nicht begeistert, weil einerseits das Abbiegen von der Engestrasse in die Klettgauerstrasse nicht mehr möglich ist. Auch ist es nicht möglich von der Rosenbergstrasse bei der Lichtsignalanlage rechts abzubiegen Richtung Klettgau. So muss das Quartier grosszügig umfahren werden um doch ans Ziel zu kommen. Ich möchte den Gemeinderat dazu fragen, warum kann man an der Kreuzstrasse nicht rechts abbiegen? Da geht es mir um die Bewohner dieses Quartieres, weil die einen sehr grossen Umweg machen müssen um nach Beringen zu kommen.

Gemeindepräsident Stephan Rawyler

Nach Beringen ist es sicher kein Problem. Man kann von der Rosenbergstrasse über die Engestrasse Richtung Beringen fahren. Wieso darf man dort nicht abbiegen? Das hat mehrere Gründe. Ein Grund war kommunal, es gab eine Petition von Anwohnern dieses Gebietes. Die wollten eine 30-er Zone und wollten verhindern, dass man nach rechts abbiegt. Das zweite ist die Kapazität der Lichtsignalanlage. Die Kreuzstrasse ist nun wirklich, nachdem mehrere Verkehringenieure darüber gegangen sind, ausgelastet. Es gibt in den nächsten Wochen und Monaten nochmals eine kleine Änderung. Dann ist sie wirklich ausgelastet. Wenn Sie jetzt den Rechtsabbieger zulassen, dann sind sie im Konflikt mit dem Fussgängerstreifen, damit verlieren Sie Kapazität. Der Fussgängerstreifen, der vom Restaurant Kreuzstrasse zur Garage Gasser führt. Der muss gesichert werden, denn parallel dazu führt noch der Veloweg. Die haben beide miteinander Grün, Fussgänger und Velofahrer. Der dritte Grund ist, wenn Sie dort rechts abbiegen, dann haben Sie eine erneute Teilöffnung der zweiten Achse. Das wäre natürlich wieder ein ganz toller Zug. Dann müssen Sie



nicht durch die 30-er Zone Engestrasse fahren, wenn Sie in den Klettgau fahren sondern Sie fahren dann durch die Rosenbergstrasse. Es war auch einmal ein Wunsch, dort eine 30-er Zone zu machen. Das hat der Gemeinderat vor mehreren Jahren schon abgelehnt, weil dann die Linie 6 auf einer lange Strecke nur noch 30 fahren kann. Das wollen wir eigentlich vermeiden. Das ist der Kompromiss, dass man gesagt hat, rechts abbiegen ist dort nicht angemessen.

ER Rita Flück Hänzi (CVP)

Danke für die Ausführungen. Ich bin froh über diese Aufklärung. Das stimmt, wenn man da Richtung Beringen will, dann öffnet man das. Nicht ganz korrekt ist, dass wenn man von der Rosenbergstrasse Richtung Klettgauerstrasse Richtung Neuhausen fährt. Da ist ja auch ein Fussgängerstreifen und der blinkt auch. Da geht das! Dieses Argument gilt für mich nicht, aber ich bin mit der Antwort zufrieden.

Gemeindepräsident Stephan Rawyler

Das geht eben doch, denn beim Fussgängerstreifen Richtung Hartmann haben wir keinen Velostreifen. Das ist eine andere Situation. Der Radius an dieser Kreuzung müsste umgebaut werden. Für einen PW ist das machbar. Das habe ich auch schon des Öfteren gesehen, dass dort nach rechts abgebogen wird aber ein grösseres Fahrzeug könnte nicht links abbiegen. Die entscheidende Frage ist, wollen wir diese Achse öffnen? Wenn Sie das bejahen, dann kann man darüber sprechen. Die Frage wird hochaktuell werden, ob wir im Nachgang zum Galgenbucktunnel dort einen Kreisel machen wollen oder ob das Lichtsignal so bleibt. Bei einem Kreisel können Sie das Rechtsabbiegen nicht verhindern. Das wird dann eine ganz interessante Diskussion. Ich habe mich schon mal gefragt, ob wir die Verkehrskommission wieder brauchen, die wir mal vor Jahren abgeschafft haben. Wir sind von Verkehrsfragen umzingelt.

ER Arnold Isliker (SVP)

Die Anwohner im Bermudadreieck wollen nun den Fünfer und das Weggli. Wir müssen uns an den Verkehr gewöhnen, an vorstädtische Verhältnisse. Was jeden Tag durch Eglisau geht, schauen Sie sich das mal an. Von 06.00 Uhr bis 09.00 Uhr haben die eine stehende Kolonne bis am Kreisel und dann geht es in Zürich wieder weiter. Ich sage Euch, wenn im Kreuz unten gebaut wird, dann werdet Ihr alle auch noch auf die Welt kommen. Dann werden Sie bis auf Beringen stehen, denn dort unten haben Sie durch die Verengung der Fahrspuren ein riesiges Chaos. Nur zur Kenntnisnahme. Das was wir jetzt haben, ist ein laues Lüftchen. Der Sturm kommt erst noch!

ER-Präsident Renzo Loiudice (SP)

Rita, bist Du von der Beantwortung befriedigt.

ER Rita Flück Hänzi (CVP)

Ja, ich bin befriedigt.

Das Geschäft ist somit erledigt.



TRAKTANDUM 5 Interpellation Jakob Walter (parteilos): Langsamverkehr Enge

Stellungnahme:

Gemeindepräsident Stephan Rawyler

Frage 1:

Wie beurteilt der Gemeinderat die Situation im Bereich des Provisoriums?

Antwort:

Beim Kanton und auch bei der Astra herrscht das Prinzip Hoffnung. Ich gehe mal davon aus, dass während der Bauzeit das Velo- und Fussgänger-Provisorium bestehen bleibt und damit hätte dieses Provisorium den Dienst vollumfänglich getan. Es ist jetzt aber eine nicht ganz einfache Situation. Es ist recht eng und ich kann mir kaum vorstellen, dass man mit Gegenverkehr dort fahren kann. Das ist eine schwierige Situation, aber ich muss sagen, das ist eine Situation, die der Kanton regeln muss.

Frage 2:

Wer ist zuständig für die Sicherheit? Wir denken dabei an die Überquerung der Strasse, an die Rutschgefahr auf nassem Holz, an den Winterdienst und an die Beleuchtung.

Antwort:

Auch hier ist der Kanton zuständig. Wir sind bereit für die Reinigung. Der Winterdienst macht die Gemeinde Beringen wobei es eigentlich nicht klar ist, wie das vor sich gehen soll. Man kann in diesem Provisorium nicht mit Fahrzeugen fahren, die den Schnee wegschieben und damit wäre vermutlich schaufeln angesagt. Da war sich, so glaube ich, die Gemeinde Beringen nicht bewusst, auf was sie sich da eingelassen hat. Da muss Beringen und der Kanton Schaffhausen entscheiden, wie es geht. Genau das Gleiche bei der Rutschgefahr auf nassem Holz. Eine Beleuchtung gibt es normalerweise ausserorts nie. Das ist ein Normalzustand.

Frage 3:

Wie soll der Langsamverkehr nach der Eröffnung des Tunnels von der Engestrasse durch die Enge geführt werden?

Antwort:

Nach der Eröffnung es Tunnels ist ein Veloweg vorgesehen, der über das Tunnel hinwegführt. Wie angenehm das dann ist, weiss ich nicht. Im Kantonsrat herrscht die Meinung im Rahmen der Beratung des Strassenrichtplanes, dass eine Alternativlösung für eine neue Brücke vorgesehen werden soll.

Frage 4:

Wie hoch waren die Planungskosten für das abgelehnte Projekt?

Antwort:

Die Planungskosten belaufen sich auf knapp Fr. 67'000.00. Die zahlen wir jetzt alleine. Es sieht auch so aus, dass wir auf kantonaler und Bundesebene kein Geld sparen entgegen der Propaganda. Sondern es ist jetzt offenbar möglich, dass man das Geld anderswo im Kanton einsetzen kann und



dann wird es ganz sicher auch ausgegeben. Die einzigen, die jetzt Geld gespart haben, ist die Gemeinde Neuhausen am Rheinfall. Der Bund und der Kanton wird das Geld in andere Projekte stecken und ausgeben.

Frage 5:

Lassen sich die Kosten für den Unterhalt des Provisoriums und den Bau einer Rad- und Fusswegverbindung für die Zeit nach der Tunnelöffnung im Vergleich zu den Kosten der abgelehnten Brücke beziffern?

Antwort:

Das kann der Gemeinderat nicht beantworten. Es fehlen uns dazu ganz einfach die Unterlagen. Da müsste man einen Ingenieur anstellen und das prüfen lassen, aber ich gehe als Laie davon aus, dass es kaum billiger kommen wird, denn wir hätten an einer optimalen Stelle den Brückenschlag machen können. Wir wissen auch in absehbarer Zeit wird die DB elektrifizieren und dann wird jede Brücke, die über die DB gehen muss komplizierter in der Konstruktion und in der Montage. Es kommt ganz sicher teurer. Es ist auch die Frage, ob irgendjemand Dritter, sprich der Bund, an ein solches Provisorium heran zahlt. Hier wären wir ja in einem Agglomerationsprojekt gewesen. Diese Chance ist weg. Wir respektieren selbstverständlich den Volksentscheid, aber für den Kanton dürfte es nicht billiger werden.

ER-Präsident Renzo Loiudice (SP)

Ist der Interpellant von der Beantwortung befriedigt?

ER Jakob Walter (parteilos)

Von der Antwort nicht aber von der Beantwortung. Ich danke dafür.

Keine Diskussion.

Das Geschäft ist somit erledigt.



TRAKTANDUM 6 Postulat Felix Tenger (FDP): Verbesserung Verkehrssituation Kreuzstrasse für Velofahrer

Begründung:

ER Felix Tenger (FDP)

Nur ganz kurz. Die ausführliche Begründung habe ich schriftlich abgeliefert. Ich denke es besteht grossmehrheitliche Einigkeit, dass die Situation wirklich nicht das Gelbe vom Ei ist. Ich bin überzeugt, dass jede Veränderung eigentlich nur eine Verbesserung geben kann. Ich habe die Lösungsansätze auch offen gelassen. Ich habe zwei skizziert. Einerseits das Trottoir aufmachen, damit die Velofahrer weiterfahren können zur Ampel und dann rüber zu Hartmanns oder eine Rampe hinter dem Bushäuschen durch. Ich habe in den letzten Tagen gehört, dass allenfalls auch eine Verschiebung des Bushäuschens zur Diskussion stehen könnte. Von daher gesehen bin ich absolut offen für die Lösungsansätze. Ich denke einfach, es müsste an diese Stelle etwas gemacht werden, denn es ist für die Velofahrer so nicht optimal. Das war alles von meiner Seite.

Stellungnahme:

Gemeindepräsident Stephan Rawyler

Der Gemeinderat steht den Velofahrenden und Velofahrern sehr positiv gegenüber und er ist gerne bereit, dieses Postulat entgegenzunehmen. Als weitere Möglichkeit oder Lösung wäre z.B. auch eine Verlegung der Bushaltestelle zu prüfen. Im ursprünglichen Projekt der Zollstrasse stand diese Bushaltestelle an einem anderen Ort und wenn man vor allem auch an das RhyTech Projekt dankt, dann drängt sich möglicherweise auch dort eine solche Lösung auf. Das könnte dann sicherlich eine gewisse Entspannung beim Veloverkehr bringen. Wir gehen das gerne an. Wir sind uns bewusst, da muss etwas gemacht.

Diskussion:

ER Peter Gloor (SP)

Wir sehen ja, wer hier alles unterschrieben hat. Es war die Mehrheit, die damals für die Brücke war. Wir werden dem Vorstoss von ER Felix Tenger (FDP) so wie er da ist zustimmen. Ursprünglich war das Bushäuschen an einem anderen Ort geplant und so blieb halt der Veloverkehr auf der Strecke. Das mit dem Bushäuschen war von Anfang an ein Murks. Wenn die Schulkinder zwischen Trolleybus und Kieswagen auf dem Fahrradstreifen sind, dann ist da Allen nicht wohl. Wir unterstützen den Vorstoss und hoffen auf Verbesserung.

ER Marcel Stettler (CVP)

Wir von der CVP haben grosse Sympathie für dieses Postulat und werden dem auch zustimmen.



ER Arnold Isliker (SVP)

Wir stehen hinter diesem Postulat. Ihr müsst uns nicht immer als böse Buben hinstellen wegen dieser Brücke. Wir haben lediglich nur das gemacht, was das Volk wollte. Wir wurden darauf angesprochen, eine Volksabstimmung zu machen und das haben wir gemacht und jetzt wurde es knapp. Es ist genau gleich wie vor 20 Jahren mit dem EWR. Es war damals sehr knapp. Heute sagen 70 %, Gott sei Dank wurde das abgelehnt. Ich muss sagen, es ist so, dass man den Volkswillen mehrheitlich missbraucht. Man muss sich nicht wundern, wenn der Souverän nicht mehr an die Urne geht und sagt, die machen ja sowieso was sie wollen.

ER-Vizepräsident Urs Hinnen (ÖBS)

Wir stehen auch hinter diesem Postulat und unterstützen es. Der Veloweg von Beringen wird während der Sommermonate sicherlich mehr benutzt, da die DB eine gewisse Zeit den Verkehr einstellt.

Der Einwohnerrat erklärt das Postulat mit 19 : 0 Stimmen einstimmig als erheblich.

Das Geschäft ist somit erledigt.



ER-Präsident Renzo Loiudice (SP)

Zwei Einwohnerräte werden in der nächsten Legislatur nicht mehr dabei sein. Es sind dies Rolf Forster (SVP) und Vreni Bernhard (SP). Diese beiden möchte ich nun noch mit einem kleinen Geschenk verabschieden. Herzlichen Dank diesen zweien. Rolf Forster (SVP) war bis gestern im Spital und wird uns an der nächsten Sitzung entweder schriftlich oder mündlich eine Botschaft zukommen lassen.

ER Vreni Bernhard (SP)

Ihr wisst, dass ich diejenige war, die am wenigsten lang im Einwohnerrat war. Ich muss sagen, anfangs hatte ich einen richtigen Bammel, da ich nicht wusste, wie das alles genau läuft. Je länger, desto besser wurde es. Ich muss sagen, ich durfte in dieser Zeit sehr viel lernen. Ich habe gelernt, Neuhausen anders anzuschauen. Politisch kannte ich Neuhausen eigentlich viel zu wenig. Durch Euch hat sich das geändert. Das hat mir sehr gut getan und da möchte ich herzlich Danke sagen. Es ist heute meine letzte Sitzung. Ich habe keinen Bammel mehr. Auf der einen Seite etwas Trauer und auf der anderen Seite habe ich wieder Zeit für anderes und heute war es ganz speziell. Es kam fast alles vor an dieser Sitzung, was vorkommen kann. Ich habe mir das heute zu Hause so überlegt. Es waren immer alle anständig zueinander. Es haben mich immer alle gekannt und gegrüsst. Heute gab es tatsächlich eine Rüge vom einen zum anderen. Ich wünsche Euch allen, die weiterhin im Einwohnerrat sein werden, dass Ihr weiterhin so lebendig diskutiert und Euch Mühe gebt und Euch um Neuhausen kümmert und dafür auch viele Stunden einsetzt. Ich wünsche Euch alles Gute für die nächsten 4 Jahre und frohe Festtage.

Gemeindepräsident Stephan Rawyler

Ich schliesse mich dem Dank für die beiden scheidenden Einwohnerratsmitglieder im Namen des Gemeinderates an. Aber nicht nur aus dem Einwohnerrat gibt es Rücktritte sondern auch aus dem Gemeinderat. GR Patrick Strasser war bekannt als Heisssporn im Einwohnerrat. Wir haben uns dort interessante Wortgefechte geliefert. Er hat dann eine Auszeit in Schaffhausen genommen, kam dann reuevoll zurück. Wir hatten dann zusammen einen interessanten Wahlkampf 2004 um das Gemeindepräsidium. Wenn ich daran denke, wie das bei meinem Vorgänger war, Hansjörg Wahrenberger, dann war das viel intensiver, nervenaufreibender. Ich denke, das sieht Patrick Strasser nicht anders. Wir haben uns beide fair verhalten. Das hat ihn dann zumindest veranlasst, für den Gemeinderat zu kandidieren und wurde dann auch Gemeinderat mit einem sehr guten Resultat. Er war eigentlich derjenige Gemeinderat, den ich immer so vorgestellt habe: Er ist zuständig von der Wiege bis zur Bahre. Sein Hauptinteresse galt stets der Schule und ich denke wir haben heute eine ausgezeichnete Schule in Neuhausen am Rheinfall mit besten Resultaten auch dank ihm. Lehrerinnen und Lehrer kommen gern nach Neuhausen, weil sie wissen, hier bewegt sich etwas in die richtige Richtung. Die Lehrerinnen und Lehrer können gut unterrichten und sie werden unterstützt von einer Schulleitung. Eine Zeit lang war er auch dem nassen Element zugeteilt. Er hat das Schwimmbad eine Zeitlang unter sich gehabt. Das ist immer ein schwieriger Job, weil das Wetter die grosse Unbekannte ist, und er dem Finanzreferenten (das war damals ich) immer erklären musste, warum der Kiosk wieder keinen Umsatz gemacht hatte, die Eintritte einmal mehr zurückgegangen sind und die Kosten angestiegen sind. Zu seiner Zeit erfolgt z.B. die Sanierung der Becken. So dass man nicht mehr vom Schlotterstall sprechen muss, wie das in meiner Jugend noch der Fall war, sondern es gibt angenehmere Temperaturen. Der Nachfolger von Patrick Strasser, SP ist Christian Di Ronco, CVP im Bereich Schwimmbad und wir beide sind jetzt unterwegs mit dem Projekt für die Bauten. Auch da werden Sie relativ bald einen Bericht und Antrag bekommen. Patrick Strasser, SP hat sehr viel für unsere Gemeinde gemacht. Er wird uns weiterhin im Kantonsrat erhalten bleiben. Ganz herzlichen Dank Dir, Patrick Strasser. Wir werden Dich im Gemeinderat



vermissen. Ich bin sicher, dass Du gut ersetzt wirst durch Ruedi Meier aus dem Einwohnerrat. Das wäre nämlich der dritte, der den Einwohnerrat verlässt. Ich wünsche Patrick Strasser beruflich wie auch persönlich alles Gute und ich hoffe, dass er sich in Oberhallau wohl fühlt und sich weiterhin für Neuhausen im Kantonsrat mit kräftiger Stimme einsetzt.

ER-Präsident Renzo Loiudice (SP)

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen

Mit der heutigen Sitzung beenden wir diese vierjährige Legislatur, ebenfalls endet mit dieser Sitzung auch mein interessantes Präsidialjahr. Obwohl wir uns im vergangenen Jahr nur sieben Mal getroffen haben und zwei dieser Sitzungen rund eine halbe Stunde dauerten, konnten wir trotzdem verschiedene wichtige Geschäfte durchberaten.

Wir haben im letzten Jahr zwei wichtige Institutionen geändert. Die Schulbehörde wurde, durch die Veränderung mit den Schulleitungen, von 8 Mitgliedern auf 4 gekürzt. Die Aufgabe der Rechnungsprüfungskommission wird neu eine externe Revisionsstelle übernehmen, welche wir bei der nächsten Sitzung wählen werden. Damit der Rat eine Kontrolle der Geschäfte im Einwohnerrat hat, wird die Geschäftsprüfungskommission ins Leben gerufen. Beschäftigt hat uns alle auch die Fuss- und Radwegbrücke "Enge"; die Einen befürwortend, die anderen ablehnend. Komplex und noch nicht so greifbar, aber auch bereits zu einem grossen Teil durchberaten (bis zur nächsten Änderung) ist die Linienführung der Sammelstrasse "Süd"; diese wird uns in der kommenden Legislatur sicher auch intensiv begleiten. Lange begleitet hat uns die Volksmotion "Landschaftsschutz Galgenbuck". An dieser Vorlage habe ich ganz deutlich gesehen, dass man es nicht immer allen recht machen kann. Es wird immer entweder Gewinner oder Verlierer geben. Oder dann, bei einem Kompromiss, sind nicht immer alle "happy"... das ist nicht nur der Fazit hier im Rat, sondern auch ausserhalb im realen Leben.

Ich habe mich in diesem Jahr, ausser in den Fraktionssitzungen, nur der Ratsführung gewidmet und in meiner Fraktion bewusst keine Einwohnerrats-Büez angenommen. Das wird sich nächstes Jahr sicher ändern und ich werde gerne wieder mitreden und debattieren, dort wo es Sinn macht. Ich muss Euch auch zugestehen, dass Ihr es mir recht einfach gemacht habt. Die Diskussionen im Rat waren ordentlich und anständig. Ich musste kein einziges Mal rechtweisend eingreifen. Es wurde aktiv zugehört, aktiv mitgeredet und aktiv mitgearbeitet; so konnten die Sitzungen teilweise in sehr schnellem Tempo durchgezogen werden. Ich wünsche dem nächsten, designierten Einwohnerratspräsidenten den gleichen Elan im Rat, welchen ich erfahren durfte.

Das vergangene Jahr war beziehungskritisch... nicht was die Qualität der Partnerinnen betrifft, sondern wegen den Einträge in der Agenda. Ich weiss nicht wie es Euch ging, aber mein Kalender war praktisch nur bestückt mit roten Einträgen (Politik ist bei mir, wieso auch immer, "rot" markiert). Das Wahljahr hat mich, ehrlich gesagt, müde gemacht. Die ganzen Termine, die ganzen Besprechungen und Vorbereitungen, die ganze Freizeit, welche für das draufgegangen ist, und dann ist in ein paar Stunden alles fertig, manche gewinnen und sind zufrieden, manche verlieren. Das ist das Leben.

Ich hatte mir vorgenommen, an möglichst vielen Anlässen teilzunehmen. Ich war imponiert z.B. von der neuen Dreileiter bei deren Einweihung, wie schnell man heute gegenüber gestern 30m in der Luft ist und helfen kann. An der Neubürgerfeier konnte ich beim Apéro feststellen, dass einige Schweizer Neubürger besser Deutsch können als ich. Am Neuzuzügerapéro war's auch glatt, denn da hat man mit Leuten zu tun, die man überhaupt nicht kennt und, durch verschiedene Diskussionen, haben sich interessante Kontakte ergeben. Leider fiel die Fahrt zum Rheinfallfelsen aus, da ein heftiges Gewitter anbrauste, welches die gemütliche Überfahrt verunmöglichte.

Bei der Einladung 60-Jahre Badi „Otternstall“ musste die Redaktorin des Schaffhauser Bock ca. 15 Fotoaufnahmen von mir und meinen Kindern machen, damit wir zu dritt einigermassen „medienpräsentabel“ waren. Historisch auch die Geburtsstunde der Neuhauserwoche und interessant die modulare Hauptübung der Feuerwehreinheiten. Zum ersten Mal habe ich überhaupt



an der „Brot- und Chästeilete“ am 1. August teilgenommen und positiv war ich auch erstaunt, wie weit man konkret auf einem Gewerbegebiet in die Zukunft schauen kann und wie es mit Wolkenkratzern aussieht.

Sehr speziell war für mich die Organisation des Henkermöhli. Ich habe mir als Leitsatz gesagt, ich will Euch mein Heimatort zeigen. Nun ja, ich wurde in Neuhausen eingebürgert, demnach war das eine leichte Entscheidung für mich. Ich hoffe aber, dass es Euch nach wie vor gefallen hat. Auch speziell war für mich, dass ich an der Jungbürgerfeier, den Jungen 2-3 Sätze richten konnte. So war's eigentlich geplant, denn ich hatte dies so beim Gemeindepräsidenten angefragt. Normalerweise steht der Einwohnerratspräsident seinen Mann und gut ist. Da dann aber der Gemeindepräsident an einer wichtigen Besprechung mit Regierungsrat Dubach engagiert war und sich beim Anlass leicht verspätete, wurden dann aus diesen zwei Sätzen eine Handvoll Minuten.

Zuletzt durfte ich am letzten Freitag als „Samichlaus“ am „Fritigsmärkt“ amten und konnte mich rundherum wie ein richtiger „Samichlaus“ fühlen. Denn neben den leuchtenden und dankbaren Augen der Kinder hiess es schnell „Samichlaus, wotsch en Mandelgipfel“, „Samichlaus, wotsch en Glühwi“, „Samichlaus, wotsch e Brotwurst“? Noch nie hat ein „Samichlaus“ Nein gesagt...

Mir hat die Arbeit als Präsident des Einwohnerrats im und ausserhalb des Rats Spass gemacht und ich konnte mich mit diesem Amt sehr gut identifizieren. Leider habe ich mein Ziel, auf den Rheinfallfelsen zu gehen, aus diversen Gründen, verfehlt.

Ich möchte mich bei Euch allen nochmals bedanken für Eure gute und effiziente Mitarbeit im Einwohnerrat. Ich danke jedem Einwohnerrat, dem Gemeinderat und dessen „Seele“ Olinda für die sehr gute Zusammenarbeit. Ich danke unserer Aktuarin Sandra Ehrat für die Protokolle, meinen Bürokollegen fürs Durchlesen und dem Vize-Präsidenten für seine Mithilfe.

Wir treffen uns zur nächsten Sitzung am 17. Januar 2013. Die Sitzung wird dann von ER Peter Gloor als amtsältester eröffnet und mit der Konstituierung begonnen. Nach der Konstituierung wird die Ratsarbeit mit der neuen Führung fortgesetzt, welche wir dann nach der Sitzung feiern werden.

Neben dem, dass ich Euch allen schöne Festtage und einen guten Rutsch ins neue Jahr wünsche, möchte ich Euch noch, bevor wir uns zum Apéro begeben, ein kleines Dankeschön, für die gute Ratsarbeit, auf dem Weg mitgeben. Ich habe es extra nicht vor der Sitzung abgegeben, da das kleine Dankeschön „Alkohol“ enthält und ich die Einwohnerratssitzung unbedingt „trocken“ beenden wollte...

ER-Präsident Renzo Loiudice (SP)

Wir treffen uns zur nächsten und gleichzeitig ersten Sitzung im Jahr 2013 am 17. Januar 2013 unter neuer Führung. Ich bedanke mich für das aktive Mitmachen und wünsche allen eine schöne und besinnliche Adventszeit und allen einen guten Rutsch ins 2013. Die Sitzung ist somit geschlossen.

Für den Einwohnerrat Neuhausen am Rheinfall

Renzo Loiudice
Präsident

Sandra Ehrat
Aktuarin